Nr. 117 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 24. Mai 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 5. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). :—: Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. :—: Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Gegen einen neuen Weltkrieg

Ein Protest der Sozialistischen Arbeiter-Internationale — Schutz für Sowjetrußland — Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kriegsgefahr

Zürich. Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat zu der drohenden Gefahr eines Krieges zwischen Japan und Rußland Stellung genommen. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft der ganzen Welt wird diese aufgefordert, mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte dafür zu kämpfen, daß eine solche Katastrophe, die mit größter Wahrscheinlichkeit einen neuen Weltkrieg zur Folge haben würde, der Menschheit erspart bleibt.

In der Entschließung über die Gefahr in Fern-Ost heißt es: Die Internationale stellt fest, daß die Nachgiebigkeit und die Mitschuld einer Anzahl von Großmächten Japan die Möglichkeit geboten haben, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch seinen Beitritt zum Völkerbundspakt, zum Kriegsächtungspakt auf sich genommen hat. Die S. A. J. fordert alle ihr angeschlossenen Parteien auf,

auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, damit die von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen, einen Angreifer zur Achtung des Friedens zu zwingen, nicht länger mißachtet werden.

Die SAJ. ist sich der Schwäche und der Mitschuld des größten Teils der in Genf vertretenen Regierungen bewußt und richtet daher an die organisierte Arbeiterklasse selbst die Aufforderung, zu handeln. Ein Krieg Japans gegen die Sowjetunion fordert notwendigerweise Gegenrevolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt. Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:

1. **Die sofortige und bedingungslose Räumung Schanghais und der Mandschurei durch die japanischen Streitkräfte.**
2. **Falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan.**
3. **Wenn nötig, die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedensgeschehen muß.**

Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die SAJ. an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, dem Transport von Kriegsmaterial und von Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren.

Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären, falls sie angegriffen werden und das Attentat auf den Frieden anprangern.

Sie werden jedem Uebergreifen des Krieges auf andere Länder entgegentreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen. Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die SAJ. darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich demnächst nach den in der Berner Resolution gegebenen Richtlinien verhalten und **sich jeden separatistischen und aufrührerischen Handlungen widersetzen**, die zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten.

Die SAJ. stellt überdies fest, daß die Verteidigung der Sowjetunion um so besser gesichert sein wird, je mehr die Politik der Regierung der Sowjetunion, alle sozialistischen Kräfte des Landes, die aktiv teilnehmen an der Verteidigung der russischen Revolution, es ermöglichen wird.

Die Exekutive behandelte auf Grund von Berichten, die Hilferding und Longuet erstatteten, dann noch die Probleme der internationalen politischen Schulden, der Weltwirtschaftskrise und der Lage in Deutschland und Frankreich. Eine einstimmig beschlossene Resolution über die Lage in Danzig ruft die Arbeiterklasse aller Länder zum Protest gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse, die mit den Freiheitsrechten der Arbeiter zugleich den Weltfrieden bedroht.

Internationale und Donaufrage

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nahm unter anderem noch eine Entschließung über die Probleme der Donau-Staaten an. In dieser Entschließung wird erklärt:

„Die SAJ. begrüßt den Versuch, die protektionistischen Hindernisse des internationalen Warenaustausches abzubauen, aber ein System der Vorzugszölle zwischen den Staaten des Donaubeckens würde nur dann einen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten, wenn

a) sichergestellt würde, daß die Vorzugszölle zwischen diesen Staaten wesentlich niedriger wären als gegenwärtig im Verkehr zwischen diesen;
b) wenn die Einführung des Systems der Vorzugszölle keinesfalls zum Vorwand genommen würde, die Zollschranken gegenüber den außerhalb des Donau-Beckens gelegenen Staaten zu erhöhen und
c) wenn besonders die engere wirtschaftliche Verbindung zwischen den Staaten des Donau-Beckens ihre Ergänzung fände in Maßnahmen, die den Handel dieser Staaten mit denjenigen Ländern erleichtern sollen, welche sowohl an dem Export als auch an dem Import der Staaten des Donau-Beckens einen größeren Anteil haben.

Die Bemühungen um die engere wirtschaftliche Verbindung der Donau-Staaten dürften jedoch in keinem Falle zum Vorwand irgendwelcher machtpolitischer, imperialistischen Zwecken dienender Kompensationen oder politischer Allianzen mißbraucht werden. Weder für imperialistische Zwecke Frankreichs, noch für imperialistische Zwecke Italiens und Deutschlands.

Das Sekretariat soll, sobald die internationalen Verhandlungen über die Donau-Frage konkrete Gestalt annehmen, die daran interessierten sozialistischen Parteien zu einer Konferenz einladen, um ihre Zusammenarbeit im Kampfe um die Gestaltung dieser Pläne sicherzustellen.

Die Resolution protestiert ferner gegen jede internationale Kontrolle über die Finanzen einzelner Länder, die erfahrungsgemäß zum Druck auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen dieser Länder mißbraucht wird.



Oesterreichs neue Regierung

Links: der neue Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß (Chr.-Soz.), zugleich Minister für Aeußeres und Landwirtschaft; rechts: Vizekanzler Franz Winkler (Landb.), zugleich Leiter der handelspolitischen Sektion des Außenamts.

Vor der Regierungsbildung in Frankreich

Sozialistische Forderungen an ein Linkskabinett — Leon Blum zur Koalition bereit — Widerstand bei Herriot zu erwarten

Paris. An der auf Dienstag nachmittags angesetzten Besprechung des Präsidenten der Republik wird außer Herriot und Tardieu auch noch der Finanzminister Flandin teilnehmen, um den Führer der zukünftigen Kammermehrheit und mutmaßlichen Ministerpräsidenten sowohl über die inneren wie die äußeren finanziellen Fragen ins Bild zu setzen. Tardieu seinerseits wird Herriot einen umfassenden Ueberblick über die auswärtige Lage und ganz besonders über das Tribut- und Abrüstungsproblem geben. In politischen Kreisen begrüßt man die Initiative des Staatspräsidenten, da auf diese Weise die Kontinuität gewahrt bleibe und darüber hinaus eine Verständigung zwischen Herriot und den Gruppen der Mitte angebahnt werden könne.

Obgleich die Bedingungen Leon Blums für den Eintritt seiner Partei in die Regierung offiziell noch nicht bekannt sind, glaubt man doch jetzt schon das sozialistische Programm in fünf Hauptpunkte zusammenfassen zu können:

1. Sofortige Herabsetzung der Heeresausgaben um 25 v. H.

2. Schaffung eines allgemeinen Versicherungssystems, das die Arbeitslosenversicherung und die Agrarversicherung einschließt.

3. Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Transportwesens und des Bergbaues.

4. Kontrolle der Banken, Börsen, Aktiengesellschaften usw.

5. Schaffung von staatlichen Kommissariaten für die Bewirtschaftung (Preisregulierung) des Getreides, des Weines und des Zuckers.

Daß solche oder ähnliche Forderungen bei den Radikalsozialisten auf grundsätzlichen Widerstand stoßen müssen, unterliegt gar keinem Zweifel. Herriot nahestehende Kreise meinen, daß der zukünftige Ministerpräsident seine Bemühungen darauf richten werde, die Sozialisten zu einer wohlwollenden Unterstützung bezw. Neutralität zu bewegen.

Auch am Sonntag haben mehrere provinzielle Tagungen der Sozialistischen Partei stattgefunden, bei denen man sich mit der Frage der Beteiligung an der Verantwortung befaßte. Fast überall sprach sich die Mehrheit grundsätzlich für den Eintritt in die Regierung aus, doch wurden in allen Fällen die bereits im wesentlichen bekannten weitgehenden Bedingungen formuliert. Es hat den Anschein, daß die Sozialisten es unbedingt vermeiden wollen, verantwortungsscheu zu erscheinen, während sie tatsächlich nicht mit festen Bindungen rechnen.

Macdonalds angebliche Stellung in Lausanne

London. Der diplomatische Korrespondent des „Observer" glaubt Mitteilungen über die Reparationspolitik machen zu können, die Macdonald in Lausanne verfolgen wolle. Es erscheine unvermeidlich, daß die Engländer in Lausanne dieselbe Taktik einschlagen würden, wie auf der Abrüstungskonferenz. Sie würden versuchen, beispielsweise die nur auf dem Papier stehenden Tribute zu verringern. Einen neuen Plan an die Stelle des Youngplanes zu setzen, sei unvermeidlich. Es werde daher erwartet, daß die englische Abordnung folgende Ziele verfolge:

1. Verlängerung des Hoover-Moratoriums bis nach den amerikanischen Präsidentenwahlen.

2. Revision des „Mechanismus", wie er im Reparationsmoratorium vorgesehen sei.

Die Bedeutung von Lausanne liege hauptsächlich darin, daß die Konferenz die Möglichkeit einer französisch-deutschen Verständigung biete. Ein endgültiges Angebot Brünings, das die Möglichkeit einer Regelung mit Amerika und eine Verlängerung des Moratoriums ermögliche, würde Herriot am besten darin unterstützen, die französischen Ansichten mit den Tatsachen in Einklang zu bringen. Allerdings erschwerte der von der nationalen Seite auf Brüning ausgeübte Druck eine derartige Geste sehr, wenn nicht Herriot die deutsche öffentliche Meinung davon überzeugen könne, daß die Brüningsche Politik besser sei, als die Hitlerpolitik der Schuldenverweigerung.

Die Regierungskrise in Griechenland

Beamtenstreik abgeflaut, Generalstreik erwartet.

Athen. Infolge des Rücktritts der griechischen Regierung ist der Streik der Post- und Telegraphen-Beamten, die sich gegen die Sparmaßnahmen des nunmehr zurückgetretenen Ministerpräsidenten Venizelos aufgelehnt hatten, abgeflaut. Dagegen ist die Stimmung für einen allgemeinen Streik lebhafter geworden. Da eine weitere Ausdehnung des Streiks erwartet wird, wird sowohl in Athen wie auch in der Provinz das Militär in Bereitschaft gehalten. Es sind strengste Befehle ausgegeben worden, jeden nur geringsten Versuch der Ruhestörung im Lande während der Dauer der Regierungskrise sofort zu unterdrücken.

Rätsel um Preußen

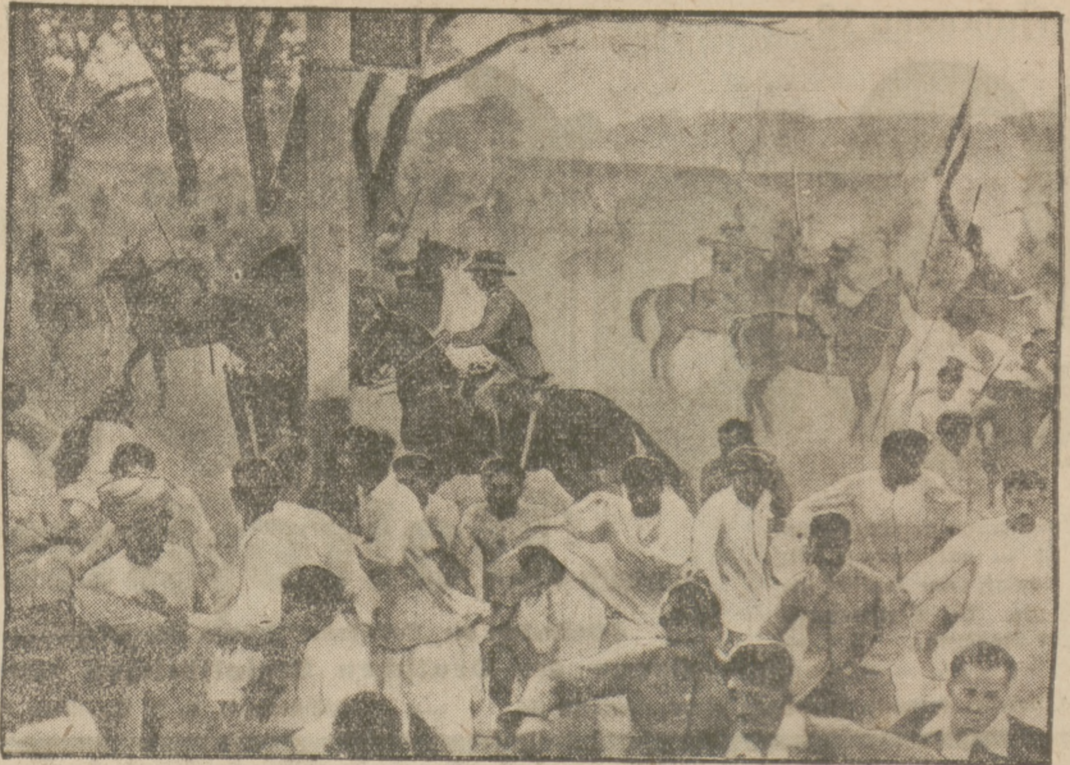
Der am 24. April neugewählte preußische Landtag tritt am Dienstag, den 24. Mai, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Was aber geschehen soll, darüber schwebt bis zur Stunde ein undurchsichtiges Dunkel, da nur bisher die eine Tatsache zu verzeichnen ist, daß das Kabinett Braun bereits dem kommenden Landtagspräsidenten sein Rücktrittsschreiben fertiggestellt hat. Leerlauf, unter großen Stürmen politischer Leidenschaft, oder positive Arbeit an der Gestaltung Preußens und damit auch des Reichs, das ist die Frage, die hier zur Beantwortung steht und die, wie schon oben gesagt, in völliges Dunkel gehüllt ist. Die Entscheidung liegt aber nicht etwa beim Zentrum, dessen Schlüsselstellung man gerade beim Ausgang der Wahlen in den Vordergrund gestellt hat, sondern bei den Kommunisten, die es in der Hand haben, die Nationalsozialisten zur Macht zuzulassen oder sie in die negierende Opposition zu drängen. Nach allem, was bisher bekannt ist, dürften schon die nächsten Sitzungen zu Kampfhandlungen ausarten, bei denen sich mit aller Klarheit ergeben wird, daß der neue preußische Landtag, gerade des überwältigenden Erfolges der Nationalsozialisten wegen, nicht arbeitsfähig sein wird. Unter normalen Verhältnissen, hätte hier das Reich die Entscheidung, aber schon eine oberflächliche Betrachtung der Vorgänge im Reiche selbst, beweist, daß dadurch das Chaos gerade in Preußen vergrößert wird.

Zwischen Nationalsozialisten und Zentrum kam es bisher zu keinerlei Verhandlungen über die kommende Entscheidung in Preußen, und soweit man die Presse dieser beiden Parteien übersehen kann, steht auf beiden Seiten keine Geneigtheit, die Verantwortung gemeinsam zu übernehmen. Das Zentrum hält sich in kühler Reserve, während die Nationalsozialisten toben und von vornherein mit einem energischen „Nein" antworten, weil sie nur ein Preußen wollen, in dem sie regieren und nicht gewillt sind, die Macht mit jemandem zu teilen. Ihre Siegeszuversicht bauen sie auf die Abstinenz der Kommunisten, die ja den Hitlerleuten oft genug Hilfsdienste geleistet haben. Wir übertreiben nicht, wenn wir in diesem Falle sagen, daß die Kommunisten es nicht wagen werden, Hitler diesen Dienst zu erweisen, wenn sie vor der Geschichte nicht als die Verantwortlichen gelten wollen, in Deutschland den Faschismus ans Ruder gebracht zu haben. Am ruhigsten dürfte also zunächst die erste Sitzung verlaufen, in welcher der Alterspräsident, der Nationalsozialist General Litzmann, das provisorische Büro bildet und die Tagesordnung für die nächste Sitzung bestimmt, auf welcher der Landtagspräsident gewählt werden wird. Aber auch diese Wahl dürfte eine Kampfwahl werden, denn hier wollen die Nazis von der Regel abweichen und das Präsidium des Landtages völlig aus ihren Kreisen bilden, sie wollen es nicht zulassen, daß ein Sozialdemokrat erster Vizepräsident wird, obgleich ihnen die anderen Parteien, nach parlamentarischer Regel, den Landtagspräsidenten ohne weiteres zugestehen. Da das Landtagspräsidium indessen nur zunächst für eine Woche gewählt wird, so kann der Landtag nach einer Woche, durch Mehrheitsentschluß, die Nationalsozialisten völlig aus dem Präsidium hinauswählen, beziehungsweise ausschalten. Es wird sich also schon auf der zweiten Sitzung zeigen, ob die Nationalsozialisten gewillt sind, mitzuarbeiten oder in der Opposition zu verharren, weil sie überzeugt sind, daß eine Uebernahme der Verantwortung oder Bindung an das bisherige System sie vor den Wählern und Anhängern kompromittiert.

Die Wahl des Ministerpräsidenten, der dann auch seine Mitarbeiter bestimmt, dürfte nur dann für die Nationalsozialsten von Erfolg sein, wenn sich die Kommunisten entschließen, gegen die neue Geschäftsordnungsklausel zu stimmen, wonach der Ministerpräsident nur mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden kann. Der alte Landtag, beziehungsweise die Mehrheitskoalition, hat die Schwierigkeiten nach den Wahlen vorausgesehen, und diese Klausel noch in einer Sondersitzung beschlossen, um den Nazis den Einzug zur Macht zu versperren. Wenn nun ein Ministerpräsident mit einer einfachen Mehrheit, wie bis dahin getätigt, gewählt werden kann, so muß die Geschäftsordnung geändert werden, und dies kann nur mit Hilfe der Kommunisten erfolgen. Wir haben bereits hervorgehoben, daß wir diesmal diese Dummheit den Kommunisten nicht zutrauen. Dann aber entsteht die Frage, wer die Regierung in Preußen bilden soll. Man spricht zwar davon, daß dann die Zeit für ein geschäftsführendes Kabinett gekommen sei, aber sicher ist auch, daß dieses Kabinett keinerlei positive Arbeit leisten kann, da für jede Gesetzesvorlage die erforderliche Mehrheit fehlt, der Landtag praktisch arbeitsunfähig wird, wie wir dies im Reich sehen, wo das Parlament, beziehungsweise die Volksvertretung, völlig versagt. Gewiß könnte hier die Reichsexekutive eingreifen und einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten bestimmen, der dann Reichskommissar in Preußen wird und man will sogar schon wissen, daß dazu ausgerechnet der bisherige Ministerpräsident Braun in Aussicht genommen ist. Braun selbst hat sich zu der Regierungsbildung noch nicht geäußert, man weiß nur aus der sozialistischen Presse, daß man innerhalb der Sozialdemokratie nicht gewillt ist, den Nazibanditen Hitlers die Macht in Preußen auszuliefern. Das heißt also, daß die kommenden Sitzungen im Preußenlandtag ausgesprochene Kampftage sein werden, leider ohne jedes praktische Ergebnis für die Bevölkerung.

Es schien in den ersten Tagen nach den Wahlen, daß innerhalb der Nazis, die Absicht besteht, in eine Koalition mit dem Zentrum einzugehen. Inzwischen hat sich diese Situation entschieden verschlechtert, die Nazis haben erst durch ihren Führer in Preußen, den Abg. Kube, erklären lassen, daß sie nicht an die Macht wollen, um den bisherigen Zustand in Preußen zu erhalten, sondern eine gründliche Reinigung, bei allen Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, bei der Schupo, in den Schulen, durchführen wollen und vor allem bei der angeblichen korrupten Preußenjustiz, die im Augenblick von einem Zentrumsmann geleitet wird. Das sind fürs Zentrum auf alle Fälle ganz nette Aussichten. Aber auch Hitler hat seinen preußischen Gefolgsleuten bei der ersten Fraktionssitzung am letzten Donnerstag Richtlinien gegeben, die dahingehen, daß man im Augenblick keine Lust verspürt, in irgend eine Koalition einzutreten, da man nur dann die Verantwortung tragen will, wenn man restlos bestimmt, also sich auch das Zentrum den Wünschen der Nazis unterordnet. Bei der Stellung des Zentrums, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich, würde das gleichbedeutend sein, daß es sich unter die Botsmäßigkeit der Nationalsozialisten stellt und auf eigene politische Machtansprüche, die es heute in Preußen und im Reich besitzt, verzichtet. Nun wird dies niemand vom Zentrum erwarten, welches recht wohl weiß, daß es dann seine Vormachtstellung aufgeben müßte, die es heut besitzt, obgleich dies in keinem Falle den gegebenen Wahlziffern entspricht. Die bürgerlichen Parteien sind aufgerieben und die Stellung der Sozialdemokratie ist, infolge der Zersetzungspolitik der Kommunisten, in jeder Hinsicht gefährdet.

Wir unterstreichen mit allem Nachdruck, daß die Verhältnisse in Deutschland die denkbar ungünstigsten sind, um in den nächsten Wochen die deutsche Politik aktiv zu gestalten. Die Umbildung oder die Ergänzung des Reichskabinetts, die neue Notverordnung über weitere Sparmaßnahmen, die Erledigung des Staatshaushalts, dann die Regierungsbildung in Preußen, das sind Dinge, die Deutschland in jeder Hinsicht stark belasten. Hinzukommt, daß heut ein jeder weiß, daß der Reichskanzler Brüning durch seine letzten außenpolitischen Reden festgelegt ist und, nach Lage der weltpolitischen Situation, Deutschland weder bei der Abrüstungskonferenz, noch bei der Lausanner Konferenz, die gesteckten Ziele erreichen kann. Das ist für die Gegner der Demokratie eine schwere Belastung, und im Hintergrund lauert eine Militärklique, deren Eingreifen in die Politik, Deutschland in den letzten Wochen auf das schwerste geschädigt hat, da man hier sieht, daß der Weg Deutschlands nicht der der Verständigung ist, was man auch außen predigt, sondern, daß man die Weltereignisse ausnutzen will, um sich vor den aufgenommenen Verpflichtungen zu drücken. So wird das preußische Rätsel, was nun der neue Landtag machen wird, um so schwieriger. Aller Voraussicht nach, dürfte die Lösung, unter Sturm und Leidenschaft, bei einem Reichskommissar für Preußen, enden, und es unterliegt wohl auch kaum einem Zweifel, daß, wenn dieser Kommissar kommt, es kein anderer sein kann, als der bisherige Ministerpräsident Otto Braun, der bei der nächsten Gelegenheit zur Entscheidung drängen muß und durch Neuwahlen, die preußische Bevölkerung vor die Tatsache stellen wird, nun aus den letzten Ereignissen die Konsequenzen zu ziehen und einen Landtag zu wählen, der arbeitsfähig ist. Aber auch im Reich ist der Zeitpunkt gekommen, den Reichstag neu wählen zu lassen und der Naziherrschaft und der Reaktion ein Ende zu machen. —ll.



Die schweren Rassenkämpfe in Kalkutta

Berittene Polizisten treiben die kämpfenden Parteien auseinander. (Frühere Aufnahme). — Die furchtbaren Rassenkämpfe zwisch Hindus und Mohammedanern, die in Bombay in der letzten Woche eine große Zahl von Todesopfern gefordert haben, haben jetzt auch auf Kalkutta übergegriffen. Die Polizei vermochte auf vielen Plätzen die Streitenden nicht zu trennen und mußte schließlich zur Schußwaffe greifen, wodurch die Zahl der Opfer abermals beträchtlich erhöht wurde.

Eine „Nationalregierung" in Japan

Graf Saito mit der Bildung des Kabinetts beauftragt

Tokio. Die Kabinettskrise in Tokio hat eine unerwartete Wendung genommen. Nach einer Unterredung mit dem „älteren Staatsmann" Saijongi hat Admiral Graf Saito sich zu der Bildung eines nationalen Kabinetts bereit erklärt. Graf Saito hatte am Sonntag eine Audienz beim Kaiser. In unterrichteten Kreisen spricht man von Graf Uschida als dem künftigen Außenminister und von Takahaschi als Finanzminister.

Die Beauftragung Saitos mit der Kabinettsbildung kann als Kompromiß zwischen den Forderungen der Armee und der die Parlamentsmehrheit bildenden Saijukai-Partei angesehen werden. Der Führer der Saijukai-Partei, Suzuki, erklärte am Sonnabend vor den Parteiführern, er werde, falls er mit der Regierungsumbildung beauftragt werde, von neuem ein Parteikabinett zusammenstellen. Auf derselben Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, sich aufs schärfste allen verfassungswidrigen Versuchen der Armeekreise zur Machtergreifung zu widersetzen und im Notfalle in gemeinsamem Vorgehen mit der Minseito-Opposition die Verfassung zu schützen.

Ob ein Kabinett Saito die Zustimmung des Parlaments finden wird, ist fraglich. Es wird daher bereits von der Auflösung des Parlaments gesprochen.

Japanische Niederlage bei Tsitsikar

Charbin. Nach einer Meldung aus Tsitsikar ist es etwa 100 Kilometer östlich von Tsitsikar zu einem Gefecht zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern gekommen, wobei die Japaner geschlagen wurden. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr groß.

Wieder Ruhe in Bombay

Bombay. Nach den blutigen Unruhen der letzten Wochen ist in Bombay die Ordnung wieder hergestellt worden. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf 153, während 1554 Personen verwundet wurden.

Breitner will zurücktreten

Wien. In der Vollversammlung der sozialistischen Wiener Gemeinderatsfraktion, die sich mit der Vorbereitung zur Sitzung des neugewählten Gemeinderats beschäftigte, gab Bürgermeister Seitz folgende Erklärung ab: „Ich muß von der betrüblichen Tatsache Mitteilung machen, daß der Stadtrat Breitner die Erklärung abgab, sein Gesundheitszustand sei infolge der aufreibenden Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung so geschwächt, daß er nicht mehr in der Lage sei, das Amt des Finanzreferenten zu übernehmen."

Diese Nachricht rief größte Bestürzung hervor, um so mehr, als sie bis heute vormittag nur dem Bürgermeister bekannt war. Nach dringendem Ersuchen der Partei erklärte sich schließlich Breitner bereit, in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse sein Amt bis zum Ende des laufenden Jahres weiterzuführen. Der folgenschwere Entschluß Breitners bedeutet für die Wiener Arbeiterschaft einen um so schwereren Verlust, als gerade Stadtrat Breitner als der genialste Schöpfer am Aufbauwerk des roten Wien befähigt bezeichnet werden muß.

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Amerika

Präsident Hoover gegen Riesenanleihe für öffentliche Arbeiten.

Washington. Präsident Hoover lehnte in einem langen Schreiben an den Präsidenten der Vereinigung amerikanischer Ingenieure die von verschiedenen Seiten erhobene Forderung ab, zur Behebung der Arbeitslosigkeit eine Riesenanleihe für öffentliche Arbeiten (Häuserbau, Straßen- und Kanalbauten, Armee- und Marinebauten) aufzunehmen. Er betonte, daß auf diese Weise neue Schulden entständen, aber nur für verhältnismäßig wenige Personen vorübergehend Arbeit geschafft werde. Hoover empfiehlt dagegen die Herstellung von produktiven Anlagen einzelner Staaten, wie Wasserwerke, Elektrizitätswerk und Docks. Dabei hält er an seiner Ansicht fest, daß die Finanzierung durch bestehende Organisationen, wie die Federal Reserve Banken und die Finanz-Rekonstruktionsvereinigung erfolgen müsse.



Englands Ministerpräsident von seiner zweiten Augenoperation genesen

Ministerpräsident Mac Donald verläßt mit seiner Tochter Isabell die Klinik, in der er sich zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen einer Augenoperation unterzog. Der Eingriff, der diesmal am rechten Auge vorgenommen werden mußte, ist gut verlaufen. Mac Donald hat sich bereits zu seiner Erholung auf seinen Landsitz Lossiemouth (Schottland) begeben.

Polnisch-Schlesien

Die Rechtsanwälte protestieren

Die Zahl der Rechtsanwälte ist groß, ist so groß, wie nie zuvor. Man braucht nur einen Spaziergang durch die Wojewodschaftshauptstadt zu machen, und überall prangen kleine, niedliche Täfelchen, die uns da anzeigen, daß in diesem Hause ein Advokat seines Amtes waltet. Ein Richter nach dem anderen, ein Staatsanwalt nach dem andern, nehmen von ihren ehrenvollen Aemtern Abschied, um sich als Rechtsanwälte zu etablieren. Mit jedem Monat steigt daher die Zahl der Rechtsanwälte, und sie wird weiter steigen. Aber auch in den kleineren Industriegemeinden, wo früher keine Rechtsanwälte waren, sind welche vorhanden, und sie schlagen sich recht und schlecht durch. Die Bezahlung der Richter und Staatsanwälte ist unzureichend, jedenfalls dem Stande und dem Amte nicht angemessen, weshalb die Richter auf ihre Aemter verzichten. Sie hoffen, daß sie als Rechtsanwälte besser vorwärts kommen werden.

In der Tat ist unsere Bevölkerung sehr prozeßlustig. Die Weiber vertratschen sich gegenseitig, geraten sich in die Haare und dann laufen sie zum Gericht. Natürlich wird ein Rechtsanwalt genommen und dann prozessiert man darauf los. Aber auch die Männer sind streitsüchtig, verprügeln sich auch zuweilen, und dann laufen sie zum Richter, mit dem Rechtsanwalt natürlich, denn jeder sucht sein Recht und der Advokat muß zum Rechte verhelfen. Privatbeleidigungsklagen über Privatbeleidigungsklagen, häufen sich bei dem Richter, so daß ein jedes Gericht täglich viele Dutzende davon zu erledigen hat. Der Richter versucht, eine Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, aber das gelingt ihm selten. Wird eine Partei verurteilt, und das ist doch unvermeidlich, so zankt man sich weiter und selbst im Gerichtsgebäude bricht ein neuer Streit aus, und nicht selten kommt es auf der Treppe zu Prügeleien.

Das Prozessieren wurde in der letzten Zeit sehr erschwert, weil die Prozeßkosten erhöht und im Voraus eingezogen werden. Der Arbeiter muß auf die teure Rechtsprechung verzichten, besonders, wenn er arbeitslos ist. Dafür prozessieren sich die „Siedloki“ aus den ländlichen Kreisen recht fleißig, und sie finden noch immer Geld genug, für diese Zwecke.

Wir leiden alle fürchterlich unter Geldmangel. Der Arbeiter steht ohne Geld da, der Angestellte und der Mittelstand auch. Alle haben wir Leinwand in der Tasche und deshalb ist es begreiflich, daß die meisten Menschen auf Kredit beim Kaufmann, Bäcker und Fleischer, einkaufen. Mit der Bezahlung der Schulden ist es dann eine arge Sache. Wie kann man alte Schulden bezahlen, wenn die Einkünfte immer von neuem gestutzt werden, wenn der Arbeiter, Feierschichten über Feierschichten zu verzeichnen hat. Man bezahlt die alten Schulden ganz einfach nicht und kriegt wieder einige Groschen in die Hand, so geht man eben zu einem anderen Händler einkaufen, und der alte Händler bleibt mit seiner Forderung hängen. Daraus entstehen unglaublich viel Prozesse, denn kein Händler will auf sein Geld verzichten. Nach der neuen Prozeßordnung, muß aber der Kläger die Prozeßkosten im Voraus bezahlen. Das schreckt die Händler von einer Klage zurück und das hat sich in allen Gerichten bereits bemerkbar gemacht. In erster Reihe fühlen das die Rechtsanwälte, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen und gegen die neue Anordnung energisch protestieren.

Den Anfang haben die Rechtsanwälte in Stryj, in Galizien, gemacht. In einer besonderen Tagung, die lediglich zu diesem Zwecke einberufen wurde, haben sie festgestellt, daß die neuen Gerichtsgebühren, die im Voraus entrichtet werden müssen, bis zum Minimum die Klagen der Kaufleute eingeschränkt haben, was die Existenz der Rechtsanwälte bedroht. Die Rechtsanwälte fordern, daß den Kaufleuten Kredite bei solchen Klagen, die gegen ihre säumigen Kunden gerichtet sind, einzuräumen sind, damit sie gegen ihre Kunden klagbar werden können. Bißchen komisch mutet dieser Beschluß der Rechtsanwälte an, aber man soll dazu nicht lachen, denn den Rechtsanwälten ist sehr ernst zu Mute. Die faulen Kunden haben natürlich keine Ursache zur Verzweiflung, dafür hat die Verzweiflung die Rechtsanwälte gepackt, die jetzt, wie die Löwen für Kaufmannskredite, selbst bei den Gerichten, kämpfen.

Werden die Rechtsanwälte mit ihrer Forderung durchdringen? Wir glauben ja, denn man wird so viel Verständnis für ihre schwere Lage auftreiben und schließlich werden auch die Gerichte den Rechtsanwälten entgegenkommen. Niemand will arbeitslos sein, die Rechtsanwälte und Richter nicht ausgenommen. Wir wünschen den Rechtsanwälten Erfolg in ihren Bemühungen, aber nicht etwa deshalb, damit sie Klienten gewinnen, sondern, um allen den Rechtsweg zu ermöglichen. Die Gerechtigkeit soll nicht im Preise steigen, sie muß billig, ja, unentgeltlich bleiben, damit auch der Allerärmste sich unter ihren Schutz begeben kann.

Kommt die Einheitsfront der schlesischen Bergarbeiter zustande?

Bekanntlich hat die Arbeitsgemeinschaft die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes zum neuen Manteltarif abgelehnt und beschlossen, den Schlichtungsausschuß nicht anzurufen. Gestern hat der Centralny Zwionzek Gornikow eine Konferenz abgehalten, in welcher beschlossen wurde, daß der polnische Klassenkampfverband sich der Taktik der Arbeitsgemeinschaft anschließen wird, um zu erwirken, daß die Arbeitsgemeinschaft an ihren Beschlüssen festhalte. Der Centralny Zwionzek Gornikow will gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft kämpfen und will in einem entschiedenen Kampfe alle diesen neuen Anschläge abwehren. Aus diesem vernünftigen Beschluß geht hervor, daß eine einheitliche Arbeiterfront möglich ist. Sie ist dringend notwendig, weil die Kapitalisten diesmal die Hälfte aller bisherigen Arbeitereroberungen rauben wollen.

Kattowitzer Eisenbahndirektor gestorben

Der Kattowitzer Eisenbahndirektor, Ing. Niebieszczanski, ist nach einer längeren Krankheit, in einem Teschener Sanatorium, am 21. d. Mts. gestorben. Morgen findet die Beerdigung des verstorbenen Eisenbahndirektors statt.

Chaos und Planlosigkeit

Von Abg. Dr. S. Glücksmann.

Wir haben viele Worte, viele Deklarationen von den Sanatoren im Schlesischen Sejm anhören müssen. Allein nur ein Eindruck war bleibend: Verworrenheit, Chaos und Planlosigkeit.

Es soll nicht in die Bewertung der klingenden Phrase von Staatsraison, Interessen des 'Staates, des Landes, der Bevölkerung usw. näher eingegangen werden. Denn es geht nicht um die Phrase, sondern um den Inhalt, um Taten.

Das Schauspiel, das uns die Sanatoren im Sejm boten, war eben dies, daß die Taten die Phrase Lüge straften ...

Verheißend wurde uns eine Investitionstätigkeit, finanziert aus einem Budget, welches bis zu 200 Millionen Zloty ansteigen sollte, gemalt, um vorerst auf ein Budget von 83 Mill. Zl. herabzurücken. Obendrein ist der niedrigste Punkt des Rückganges noch nicht erreicht.

Mit vereinten Kräften aller Sejmgruppen sollte der Aufstieg bewerkstelligt werden. Alle Sejmgruppen, ausnahmslos, wurden feierlich, aufrichtig und ehrlich, aufgefordert. Kein Tag verging, ohne daß gegen den Quertreiber Korfanty und die hochverräterischen Volksbundisten gewettert worden wäre.

Mit vereinten Kräften sollten die finanziellen Hoheitsrechte der schlesischen Wojewodschaft verteidigt werden, um letzten Endes die Kapitulierungsformel zu verlautbaren: „Die finanziellen Streitigkeiten zwischen Staat und Wojewodschaft wird der Warschauer Sejm entscheiden ... mangels eines anderen berufenen Forums“.

Alle Kräfte aller Sejmgruppen sollten zur Wahrung der Autonomierechte konzentriert werden, um endlich im Sejm wiederum eine Kapitulationsformell zu vernehmen, der außerhalb dem Sejm agressive Attacken auf die Autonomie folgten.

Großes Gewicht wurde auf die Regelung der Wahlordnung und der Bezirksselbstverwaltung — in Worten — gelegt. Und als es geschehen ist, da wanderten die Gesetze in den Staub der Schreibtischschublade.

„Mit Elend kann man das Elend nicht heilen“ (biedy nie można leczyć biedą) posaunte ein Sanacjaredner. Und sollte nochmals eine Gehaltsreduzierung geplant werden, da werden wir — Sanatoren — uns mit aller Wucht solchen Projekten widersetzen“. Gesagt u... anders getan. Jede Gehaltsreduktion ist mit Stimmen der Sanacja angenommen worden.

Die Rechte der Minderheiten sollten nicht nur einen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Schutz erfahren. Nicht allein der tote Gesetzesbuchstabe, sondern weitgehender Liberalismus sollte der deutschen Minderheit gegenüber angewendet werden. Faktisch ein Trommelfeuer gegen die Volksbundisten, die Expositur Berlins.

Wärmste Fürsorge wurde den Arbeitslosen versprochen. Die nackte Tatsache ist die, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Arbeitslosen steigt, die Budgetzuschüsse für die Arbeitslosen sinken. Heuer haben wir gegen 100 000 Arbeitslose, der Gipfelpunkt ist noch nicht überschritten, aber für die Arbeitslosenhilfe wurde ursprünglich 3½ Mill. Zl. präliminiert, gegen rund 7 Mill. Zl. im Vorjahre.

Als im Jahre 1930 die Sozialdemokraten den Feldzug gegen die üppigen Direktorengehälter eröffnet haben, stießen sie auf Hohn, (Ch.-D.), prinzipielle Ablehnung (D. Wahlg.) und Gleichgültigkeit (Sanacja). Als aber die Wirtschaftskrise katastrophale Dimensionen annahm, der Unmut und die Erbitterung über die ungleiche Güterverteilung stieg, da kam die Sanacja selber mit einer Resolution, in welcher der Abbau der immensen Direktoren verlangt wurde, wobei sie sich den Anschein verleihen wollte, als wäre sie die Erfinderin dieser Idee.

Die Idee war begründet. Als aber die Sozialisten mit ihrem Gesetzprojekte betreffend die Krisensteuer die Gelegenheit boten, die großen Direktorengehälter zu besteuern, da waren es die Sanatoren, die sich hinter der Inkompetenz des Schles. Sejm verschanzen.

Bei jeder Gelegenheit deklarieren sie ihre Sorge für die Arbeitslosen. Jedes Regierungsprojekt befürworten sie mit dem Hinweis, daß mit deren Hilfe Geldmittel für die Arbeitslosenfürsorge verschafft werden können.

Als die erste Gehaltsreduktion bei den Staatsbeamten beschlossen werden sollte, da schenkten sie großmütig den Arbeitslosen 5 Mill. Zloty, die nie erlangt wurden.

Die Mietersteuer wurde forciert mit der Begründung, daß diese Steuererträgnisse der produktiven Arbeitslosenfürsorge dienen werden.

Die Lichtstromsteuer wollte die Sanacja schlucken, denn sie konnte den Arbeitslosenfond mit einer Million Zloty stärken.

Die hohen Direktorengehälter — posaunte die Sanacja — das ist eine Kulturschande der Krisenzeit.

Als aber die Beseitigung dieser Kulturschande und die Erfassung von 3 Mill. Zloty für die Arbeitslosenfürsorge durch die Annahme des Krisensteuergesetzes erzielt werden konnte, da stimmte die Sanacja dieses Gesetz nieder.

Die Litanei ist reichhaltig. Man könnte sie fortsetzen. Es erübrigt sich. Die bisherige Litanei erbringt hinreichend den Beweis, daß die „Politik“ der Sanacja eine Kette von krassen Widersprüchen bildet. Sie bietet ein Schauerbild des Chaosses und Planlosigkeit.

Im Hintergrunde liegt doch ein Plan verborgen: Verwirrung in die parlamentarische Arbeit hineinzutragen, um das Parlament jeder Würde, Autorität und Bedeutung zu berauben.

Von Außen hat der sanatorische Sturm gegen die Autonomie und dem Sejm nie aufgehört. Von Innen bildet die Sanacja die Sturmkompagnie.

Die deutschen Arbeiter im Kampf um ihren Arbeitsplatz

Deutsche Direktoren werben um die Gunst der polnischen Nationalisten

Mit dem Steigen der Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien steigt allgemein auch der Kampf des Arbeiters um den Arbeitsplatz. Auch Polnisch-Oberschlesien ist dieser starken Prüfung ausgesetzt. Wenngleich die sonst üblichen normalen Verhältnisse innerhalb eines Staates vorherrschen, so wirkt sich dieser Zustand im allgemeinen Sinne als eine schwere unabwendbare Last aus. Anders ist es jedoch in Polnisch-Oberschlesien. Wo sich das polnische Element in der Mehrheit behauptet, wird das deutsche Element in erster Linie verdrängt. In der Regel werden dort die Deutschen zuerst vom Arbeitsplatz verdrängt und für die Zukunft nicht wieder eingestellt. Das Genfer Abkommen vom 15. 5. 1922 hat zwar den Art. 40, wo den Einzelnen die Wohnberechtigung garantiert wird. Was heißt heute wohnberechtigt zu sein, wenn auf der anderen Seite keine Aussicht auf Erlangung einer Beschäftigung besteht. Der Artikel 43 spricht von der Gleichberechtigung der deutschen und polnischen Staatsbürger bei Ausübung ihrer beruflichen Pflichten, worunter auch gleichzeitig der Arbeiterschutz fällt. Jedoch ist dies weit von dem Festgehaltenen entfernt. Behördlicherseits geht man dem aus dem Wege, selbst wenn es sich um alte eingesessene Deutsche handelt, daß man die obenerwähnten Artikel zu ihren Gunsten anwendet. Im Gegenteil, es wird allgemein stillschweigende Duldung dieser rechtlosen Lage festgestellt. Der deutsche Arbeiter hat somit fast nirgends seinen Schutz in arbeitsrechtlicher Beziehung.

Neben diesem Druck wird festgestellt, daß selbst die Arbeitgeber einem solchen Vorgehen die Hand bieten. Alte, erfahrene, gute deutsche Arbeiter werden aus Liebe des Arbeitgebers zu einem Westmarkenverein, einer Aufständischenorganisation, einer Luft- und Flottenliga, einem Marine- oder Unteroffiziervereín u. ähnl. vom Arbeitsplatz durch Entlassung vertrieben. Junge, unerfahrene, von ländlicher Gegend zugezogene und sonstige Elemente werden im Betriebe behalten oder auf Fürsprache solcher Stellen eingestellt. Es war früher einstmal unmöglich, daß der ist und deutschen denkt, von diesen Elementen in Zeiten der machen mußte. Im Vordergrunde stand die **Wirtschaftlichkeit des Betriebes.**

Heute wird die Wirtschaftlichkeit des Betriebes an zweiter Stelle gesetzt, an erster Stelle wird die politische Stellung des Betriebes bevorzugt. Der Betriebsingenieur muß ein ehemaliger Aufständischer sein. Der Westmarkenverein muß den Einfluß auf den Betrieb haben, damit jeder, der deutsch ist und deutsch denkt, von diesen Elementen in Zeiten der Wirtschaftskrise durch „Betriebssäuberung“ zur Entlassung kommt. Diese Zustände finden wir aber nicht in den rein polnischen Fabriken, denn dort setzt sich der polnische Betriebsingenieur und polnische Direktor mit diesen Elementen nicht so weit auseinander.

Feststellen wollen wir, daß gerade deutsche Firmen und deutsch beeinflußte Fabriken diesen Zustand nicht nur billigen, aber sogar fördern.

Der Herr Direktor oder ähnlich verantwortliche Herr wohnt in Deutsch-Oberschlesien und gilt als der einwandfreie Deutsche, während er sein Unternehmen in Polnisch-Oberschlesien besitzt und bei dieser Gelegenheit als einwandfreier Deutscher, die schon so bedrängten Deutschen im Auslande zum Weißbluten bringt. Ein Beispiel von der Fabryka Maszyn „Transport“ in Wielkie Hajduki. Die dort langjährig beschäftigte Arbeiterschaft ist durch etappenweise Entlassung von Deutschen und etappenweise Einstellung von Günstlingen der polnischen Herrn im Zeitraum von 2 Jahren so verschoben, daß nur wenige Deutsche in dieser Fabrik ihre Verdienstmöglichkeit haben. Wie lange diese noch bestehen wird, ist ebenfalls fraglich.

Der Leiter und Verantwortliche dieser Fabrik ist ein Herr aus Gleiwitz, der zu den besten deutschen Kreisen gehört.

Auch diese Zeiten werden einmal vorübergehen. Für die Arbeiter sind sie weniger erträglich, als Deutsche, aber umso ehrenvoller, indem sie nicht wie die Herren der besseren deutschen Gesellschaft des schnöden Mammons wegen das Deutschtum an zweite Stelle setzen.

Der Arbeitgeberverband schweigt

Die Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau hat bekanntlich die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes zum neuen Manteltarif abgelehnt, weil diese Vorschläge undiskutabel sind. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, auf die Antwort über die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft, die an den Arbeitgeberverband gerichtet waren, bis zum 20. d. Mts. zu warten. Der Arbeitgeberverband hat bis gestern keine Antwort erteilt, ein Beweis, daß er die Vorschläge ignoriert.

Gestern hat die Arbeitsgemeinschaft eine Sitzung abgehalten, in welcher festgestellt wurde, daß die Verhandlungen über den Manteltarif als gescheitert anzusehen sind. Auch lehnt die Arbeitsgemeinschaft ab, diesen Streitfall an den Schlichtungsausschuß zu überweisen, vielmehr will die Arbeitsgemeinschaft für die Beibehaltung des alten Manteltarifes kämpfen, was es aber nicht hindert, daß für die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft entschieden eingetreten wird, weil diese Verbesserungen sich aus dem praktischen Leben von allein aufdrängen. Daraus kann geschlossen werden, daß die Lage im schlesischen Bergbau eine weitere Zuspitzung erfahren hat.

Kein Abschluß von Einzel-Lohnverträgen

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Forderung der Arbeitgeber der oberschlesischen Hüttenindustrie, wonach neue Akkordlohnverträge für jedes einzelne Werk besonders abgeschlossen werden sollten, auf den größten Widerstand der Arbeiterschaft, als auch der Arbeitervertretung, gestoßen. Zu den bisherigen Ablehnungen in dieser Angelegenheit haben sich die Betriebsräte der Hüttenverwaltung und Werkstättenverwaltung angeschlossen. Auch hier wurde der Standpunkt vertreten, daß zu irgendwelchen Abänderungen nur

die Gewerkschaften als Vertragsgegner berechtigt sind. Die Arbeiterschaft wird gewarnt, auch nicht die geringsten Abänderungen vorzunehmen, bezw. Einzelverträge abzuschließen. Nach den bisherigen Ablehnungen auf den einzelnen Werken der Eisenindustrie, kann in der nächsten Zeit mit Lohnkämpfen gerechnet werden wenn die Arbeitgeber von ihrer Forderung nicht abgehen sollten. m.

Streik auf den Ferrumwerken

Schon wiederholt sind die Arbeiter der Ferrumwerke zu energischen Maßnahmen gezwungen gewesen, da die Verwaltung mit den Lohnzahlungen recht säumig ist. In vergangener Woche mußte aus diesem Grunde zweimal die Arbeit eingestellt werden. Am Sonnabend, um 9 Uhr früh, sammelten sich sehr viel Frauen vor dem Verwaltungsgebäude und forderten laut die rückständige Löhnung ihrer Männer. Die Herren mußten sich dabei manch schmeichelhaftes Wort anhören. Nachdem bekannt gegeben wurde, daß im Laufe des Tages eine Teilzahlung erfolgt, nahmen die Arbeiter wieder ihre Arbeit auf, und die Frauen gingen nach Hause.

Eine zweite Blamage des Krakauer „Blagiereks"

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen — sagt ein Sprichwort, was die Herren vom „Blagierek" nicht beachtet haben. Am vergangenen Mittwoch hat sich der Inhaber des „Blagiereks", Sejmabgeordneter Dombrowski, vom B. B.-Klub, eine Blamage geholt, da das Gericht als erwiesen angesehen hat, daß er als Journalist in Krakau gilt, der den traurigsten Ruf genießt. Das war am Mittwoch gewesen, und am Sonnabend kam der Prozeß „Blagiereks" gegen die Kattowitzer „Polonia", wegen Verleumdung, vor dem Krakauer Bezirksgericht zur Austragung. Vor drei Jahren hat die „Polonia" dem Verleger des „Blagiereks", Gelderpressungen an der schlesischen Schwerindustrie vorgehalten, weshalb der Verlag des „Blagierek" die „Polonia" verklagte. Es fanden mehrere Gerichtsverhandlungen statt, doch mußten diese immer von neuem vertagt werden, bis die Sache am vergangenen Sonnabend zur Austragung kam.

Die „Polonia" hat vor drei Jahren dem „Blagierek" vorgehalten, daß er von dem Berg- und Hüttenmann, 300 000 Zloty Subvention gefordert, ferner Kohlenlieferung und Inserate. Als Zeuge trat der Generaldirektor des Berg- und Hüttenmann, Przybylski, auf, der unter Eid aussagte, daß er die Verhandlungen wegen der Subvention geführt hat, und als die Verhandlungen ruhten, so kamen die schärfsten Angriffe im „Blagierek" gegen die Schwerindustrie, was er als Expressung bezeichnet hat. Direktor Przybylski gehört der Sanacja an, ist mithin Kollege des Herrn Dombrowski, weil er Senator ist und er wird sicherlich seinen Kollegen nicht bloßstellen wollen, mußte aber unter Eid die Wahrheit aussagen. Daraufhin hat das Gericht den Redakteur der „Polonia", Wesolowski, wegen Verleumdung, freigesprochen und ihn nur wegen formaler Beleidigung zu 100 Zloty Geldstrafe verurteilt. Der „Blagierek" hat das erreicht, was er ehrlich verdient hat, denn er wurde in einer Woche zweimal vor Gericht bloßgestellt.

Sejmabgeordnete vom Sanacjaklub treiben Schmuggel

Die Kattowitzer „Polonia" berichtet aus Radzionkau, daß der Gemeindevorsteher aus Radzionkau und Sejmabgeordneter, Zientek, zusammen mit dem Sejmabgeordneten Gajdas, ebenfalls in Radzionkau, Druckereimaschinen des eingegangenen „Katoliks" in Beuthen für einen Spottpreis erworben und diese über die Grenze geschmuggelt haben. Die beiden Sejmabgeordneten sollten sich anfangs bemüht haben, die Maschine legal über die Grenze zu schaffen, doch hätten sie an die deutsche Regierung 24 000 Rm. Ausfuhrsteuer bezahlen müssen. Die polnischen Finanzbehörden haben 20 000 Zloty Einfuhrzoll verlangt. Das war den Herrn zu viel des Guten, weshalb sie die Maschinen über die Grenze geschmuggelt haben. Die Maschinen sind bereits in Radzionkau angelangt, und zwar in Begleitung der polnischen Grenzbeamten. Hier sollte die sonst redsame „Polska Zachodnia" eine Aufklärung über die Schmuggelaffäre geben, denn die Sache ist wirklich wert, aufgeklärt zu werden. Sonderbar berührt es, daß sich Sanacjaabgeordnete mit Schmugge! befassen.

Kattowitz und Umgebung

Noch einmal die „Kopalnia Polska".

Die Inhaber der Kopalnia Polska, in Eichenau, haben Pech. Erstens mit ihren Beamten, die in letzter Zeit zur „Flugabteilung" gehörten, denn sie flogen im weiten Bogen aus dem Betriebe heraus, weil es dem Südparkrestaurateur und persönlichem Direktor, der Kop. Polska, Noglik, so gefallen hat. Das Herauswerfen wird den Noglik noch eine Stange Geld kosten, denn er verspielt fast jeden anhängigen Prozeß in Lohnstreitfragen. Auf der Kopalnia Polska mußte der Förderschacht, weiter abgeteuft werden, um den 8 Meter hohen Niederflöz zu erreichen. Als 26 Meter geteuft wurde, stieß man auf den alten „Mann" (ausgebruteter Pfeiler), durch. Das gesuchte Kohlenflöz war bereits abgebaut und verschwunden. Es traten Kohlensäuregase heraus und der Schacht mußte durch einen Betonpfropfen geschlossen werden. Durch Querschläge und Bohrlöcher will man nun das gestohlene Flöz suchen. Aber wo, denn unsere Väter mußten auch schon Spitzbuben gewesen sein, denn auf dem Grubenbilde des Bergrevieramtes ist das Flöz als unausgebeutet vorhanden, was dem Herrn Noglik nicht viel helfen wird. Der erst vor kurzem angefangene auf dem Terrain der alten Ludwigsglückgrube neue Amandaschacht, hat seine Abteufungsarbeiten sofort eingestellt, um ein Versuchsbohrloch zu stoßen, damit es ihm ebenfalls nicht so ergeht, wie der „Kopalnia Polska". Die Pachtfelder sind von verschiedenen Persönlichkeiten vollwertig angepriesen worden und die unvorsichtigen Pächter sind durch ihre Vertrauensseligkeit entsetzlich hereingefallen. Obendrein prozessieren sie sich noch mit den Arbeitern und Beamten, so daß der Schaden doppelt groß ist. Die Arbeiter bedauern jedenfalls diesen Schaden nicht. *

Die unsichere Bahnhofstraße. Zur Nachtzeit wurde dem Gutsbesitzer Ludwig Zilawa aus Lubkinitz auf der ulica Dworcowa in Kattowitz eine goldene Herrenuhr im Werte von 300 Zloty gestohlen. Im Zusammenhang mit diesem Diebstahl arretierte die Polizei später auf einer Gasse den Jan Miskalla, ohne ständigen Wohnsitz und zwei Mithelfer, als beide gerade die gestohlene Uhr verkaufen wollten. Die Uhr wurde den Tätern abgenommen und gegen die Schuldigen Anzeige erstattet. x.

Rasch tritt der Tod... In den Vormittagsstunden des vergangenen Sonnabends brach am Kattowitzer Bahnhof ein gewisser August Konietzki aus Rybnik bewußtlos zusammen. Der Tod trat in kurzer Zeit ein. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde der Tote nach der Leichenhalle des städtischen Spitals überführt. K. soll einem Herzschlag erlegen sein. y.

Sturz von einer Leiter. Bei Instandsetzung eines Balkons stürzte der 22jährige Anton Jest auf der ulica Szkolna in Kattowitz von einer Leiter und brach die linke Hand. Der Verunglückte wurde in das städtische Spital eingeliefert. x.

Schmutzfinken an der Arbeit. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag sind die Schaufensterscheiben der Geschäftsstelle der „Kattowitzer Zeitung" von unbekannten „Kulturträgern" vollständig mit schmutziger Oelfarbe besudelt worden. Soll das etwa der Anfang zur Wiederholung von gewissen Vorgängen sein, die uns aus der Wahlzeit noch in bester Erinnerung sind? Jedenfalls berührt es eigentümlich, daß auf der belebtesten Straße so etwas passieren kann, ohne daß das „Auge des Gesetzes" auch nur das Geringste bemerkt hat. Es muß Aufgabe der Polizei sein, den Schmierfinken endlich auf die Spur zu kommen.

20 neue Wohnungen in Groß-Kattowitz. Im Bereich von Groß-Kattowitz wurden im April 20 neue Wohnungen für die Benutzung freigegeben. Es handelte sich um 1 Einzimmer-Wohnung ohne Küche, 3 Einzimmer-Wohnungen mit Küche, 10 Zweizimmer-Wohnungen mit Küche, 6 Dreizimmer-Wohnungen mit Küche. Für Neubauten wurden 3 und für Umbauten 6 Baukonzessionen erteilt. y.

Die neueste Einwohnerziffer. Insgesamt 214 Geburten darunter eine Totgeburt, wurden im April beim Kattowitzer Standesamt registriert. Unter den Lebendgeburten wurden 112 Mädchen und 101 Knaben gezählt. Verstorben sind 119 Personen, unter diesen allein 17 Auswärtige. Nach Groß-Kattowitz zugezogen sind 776, aus Kattowitz verzogen dagegen 816 Personen. Registriert wurden im Berichtsmonat dann noch 94 neue Ehen. Ende April wies die Bevölkerungsziffer von Groß-Kattowitz insgesamt 127 226 Personen auf. y.

Königshütte und Umgebung

Schwere Bluttat in Königshütte.

Eine furchtbare Tragödie ereignete sich in der Nacht zum Sonnabend in der Wohnung des Invaliden Vinzent Zachowski an der ulica Polna 5 in Königshütte. Z. der mit seinem bei ihm als Untermieter wohnenden Schwiegersohn Georg Zips und seiner Tochter Anna seit einiger Zeit in Unfrieden lebt, trug sich mit der Absicht um, beide aus der Welt zu schaffen. In der Nacht zum Sonnabend versuchte er nun die schreckliche Tat auszuführen. Er wartete bis die jungen Leute sich zur Ruhe begeben hatten und als er feststellte, daß sie bereits eingeschlafen waren, trat er mit einer Axt an das Bett heran und versetzte zunächst seiner Tochter Anna mehrere Axthiebe. Der durch die Schläge aufgewachte Schwiegersohn setzte sich zwar zur Wehr und alarmierte die Mitbewohner, trotzdem auch er einige Schläge mit der Axt erhielt. Zum Glück eilten auf die Hilferufe Hausbewohner herbei, setzten dem Blutbad ein Ende und benachrichtigten die Polizei. Blutüberströmt wurden die jungen Leute in das Krankenhaus eingeliefert. Frau Z., die besonders schwer zugerichtet ist, dürfte kaum mit dem Leben davon kommen, während der Schwiegersohn genesen kann. Die erschienene Polizei verhaftete den rabiaten Täter und lieferte ihn in das Gerichtsgefängnis Königshütte ein. m.

Freitod. Der 60 Jahre alte Nikodem Cz., von der ulica Wolnosci 96, hatte seinem Leben durch Erhängen auf dem Boden ein Ende gemacht. Der Grund zu dieser Tat soll der ungünstige Verkauf seines Hauses und das Verlieren der Wohnung an den neuen Besitzer sein. m.

Unglücksfall. Bei einer ausführenden Arbeit in der Königshütter Bahnhofshalle, stürzte der Eisenbahner Thomas Czemballa von einer drei Meter hohen Leiter herunter und zog sich erhebliche Kopfverletzungen zu. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. m.

Festnahme einer Einbrecherbande. Die Königshütte Polizei hat, durch das Zusammenarbeiten mit der Bendziner Polizei, dieser Tage eine gefährliche Einbrecherbande unschädlich gemacht, die seit Monaten in ganz Oberschlesien ihr Unwesen getrieben hat. Vorwiegend verlegten sich die Einbrecher auf Wohnungseinbrüche, wo sie zumeist Geld und Wertsachen mitnahmen, aber auch verschiedenen Juweliergeschäften Besuche abstatteten. Bei der Festnahme wurde eine reiche Diebesbeute beschlagnahmt. Die Geschädigten können ihre Ansprüche im Königshütter Kriminalamt geltend machen. Die 5 köpfige Bande setzte sich aus einem gewissen Joszek Lwik, Moszek Goldmann, Joszek Prochowski, Kobkiewicz und Fkawczynski, sämtliche aus Bendzin, zusammen. Alle wurden in das Gerichtsgefängnis in Königshütte eingeliefert. m.

Betrugsmanöver. Der Kaufmann Richard Wisniewski von der ulica Jagiellonska nahm vor einigen Tagen einen gewissen Stanislaus Krener als Reisenden für Schreibmaschinen an. Doch schon am 2. Tage verkaufte der Reisende 2 Maschinen für 1800 Zloty in Tarnowitz und ist mit dem Gelde in unbekannter Richtung verschwunden m.

Zwei ganz Schlaue. Dem Maschinenleiter des Kruzschachtes Johann Duda, sind vor einigen Tagen mehrere Hühner abhanden gekommen. Ein Einwohner bemerkte dieser Tage, wie zwei Männer, ein gewisser Julius B. aus Neuheiduk und Max J. aus Chorzow, Schlingen aufstellten und so die Hühner wegfingen. Eine weitere Untersuchung ist eingeleitet worden. m.

Schweinediebstahl. Unbekannte entwendeten den Großschlächtern Karl Tunk, Max Biebig und Max Päßeld, aus dem städtischen Schlachthofe je eine schweres Schwein. Die Täter werden in Bekannten des Schlachthofes vermutet. m.

Für fünf Zloty einen Monat Gefängnis. In der Nacht zum 15. April d. Js., trat ein gewisser Bruno Max auf dem Königshütter Ringe, an die Johanna Wonsik heran und verlangte von ihr 5 Zloty für Bier und Zigaretten. Als sich das Mädchen weigerte, den Betrag auszuhändigen, bedrohte es M. mit einem Taschenmesser. Da sie aber nur einen 20-Zlotyschein bei sich führte, erklärte sie, infolge der Bedrohung, sich bereit ein Lokal aufzusuchen und zu zechen. Nachdem dies geschehen ist, brachte sie bei der Polizei M. zur Anzeige. Dafür hatte sich M. vor der Strafkammer in Königshütte zu verantworten und wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. m.

Vom zweiten Finanzamtsbezirk. Nach einer Mitteilung der Finanzbehörde, wurde der beim 2. Finanzamt 2. beschäftigte Vollziehungsbeamte Johann Brudny aus Gudow am 20 d. Mts., aus den Diensten des 2. Finanzamtsbezirkes entlassen. Somit ist der Entlassene nicht mehr berechtigt, Steuerbeträge einzukassieren, bezw. Zwangsmaßregeln vorzunehmen. m.

Vergebung von Arbeiten. Der Magistrat Königshütte hat die Ausführung der Bauten an den Stallungen, Küche, Wasch- und Badeanstalt bei den neuen Kasernen ausgeschrieben. Entsprechende Angebote müssen bis zum 6. Juni d. Js. an das Stadtbauamt eingereicht werden. Alles Nähere hierüber im Amtsblatt vom 21. Mai 1932. m.

Beseitigung eines Verkehrshindernisses. Wie bereits bekannt, haben die staatlichen Wasserwerke mit der Rohrlegung auch in Königshütte begonnen und bis zum Wintersanfang bis zur Hüttenteichpromenade durchgeführt. Die dadurch notwendig gewordene Verlegung der Straßenbahngleise nach der Mitte der ulica Katowicka bildete ein großes und gefährliches Verkehrshindernis und gab zu verschiedenen Klagen Anlaß. Nachdem die Wasserwerke, infolge angeblichen Geldmangels, die Ausführung der weiteren Legung der großen Rohre nicht vornehmen können und die gesamten Arbeiten eingestellt wurden, wurde um diesem unhaltbaren Zustande ein Ende zu bereiten mit der Pflasterung der aufgerissenen Straßenteile begonnen und soweit durchgeführt, daß seit gestern die Straßenbahn die alten Gleise wieder befahren kann. Der in der Mitte der Straße gelegene Schienenstrang wurde entfernt, so daß die ulica Katowicka wieder wie früher befahren werden kann. Nur wird es notwendig sein, daß die daselbst noch lagernden Erdreste entfernt werden, damit die Staubplage vermindert wird. Dieses ist ein berechtigter Wunsch der dortigen Bürgerschaft. m.

Wann erfolgt die Entfernung der Militärpferde aus dem Schlachthof? Infolge Fehlens geeigneter Stallungen befinden sich seit Jahren im städtischen Schlachthofe die Militärpferde des hier stationierten Regiments. Durch diese Unterbringung werden eine große Anzahl Räumlichkeiten dem Schlachthof entzogen, und man vielfach von seiten der Verwaltung nicht weiß, wo die eintreffenden Viehtransporte untergebracht werden sollen. Alle in dieser Angelegenheit unternommenen Interpellationen blieben erfolglos. Auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen, damit Abhilfe geschaffen werde. Es wurde versichert, daß mit der Inbetriebsetzung der neuen Stallungen in den neuerbauten Kasernen die bisherigen Militärpferde nach dorthin gebracht werden und somit das städtische Schlachthaus wieder alle Räumlichkeiten beziehen wird können. Die Stadtverwaltung ist bemüht, durch verschiedenes Entgegenkommen der Militärverwaltung diesen Schritt zu erleichtern. m.

Skarboferme schafft neue Schrebergärten. Auf dem bisherigen brachliegenden, der Stadt zur Unzier gelangten Gelände der Skarboferm unweit des Redenberges, läßt letztere für ihre Arbeiter daselbst neue Schrebergärten anlegen. Der Boden wird von den Pächtern bearbeitet und eine Umzäunung des ganzen Geländes mit einem Drahtzaungeflecht vorgenommen. In Verbindung damit wird das am Redenberg gelegene Bruchfeld zugeschüttet und darauf eine Grünanlage errichtet werden. Dadurch wird die Umgebung des Redenberges eine Verschönerung erfahren. m.

Siemianowitz

Das Arbeitslosenkomitee scheint dem Herrn Bürgermeister auf die Nerven zu fallen.

Bekanntlich ist der Herr Bürgermeister vor den Feiertagen verreist gewesen. Das Arbeitslosenkomitee ist deshalb jetzt wieder bei ihm vorstellig geworden, um verschiedene wichtige Fragen zu erledigen. Unter anderem kam auch die Reise des Herrn Bürgermeister zur Sprache. Das Komitee war der Ansicht, daß er damit der Zahlung einer Feieratagsunterstützung aus dem Wege gehen wollte. Darüber geriet der Gemeindevater ganz aus dem Häuschen. Er erklärte einfach, daß er mit einem Komitee, welches ihm Vorhaltungen macht, nicht verhandelt. Na ja, der Arbeitslose muß sich von diesen Herren so vieles gefallen lassen, das hat man in letzter Zeit recht deutlich gemerkt. Aber wenn einmal ein Arbeitsloser Kritik übt, dann ist der Teufel los, dann möchte man am liebsten solche Leute rausschmeißen. Das ist bei ihnen das einfachste Mittel. Nun ist aber das Komitee von der Masse der Arbeitslosen dazu gewählt, um ihre Interessen zu vertreten. Und davon hat wohl der Gemeindevorsteher den größten Vorteil, da er nicht einer kleinen Abordnung alle Fragen in Ruhe erledigen kann und nicht, wie vordem, mit allen Arbeitslosen verhandeln muß, was zu unangenehmen Zwischenfällen führen kann (Rhabarber).

Da der Bürgermeister dem Komitee, sozusagen, den Stuhl vor die Türe setzt, muß dieses andere Wege einschlagen.

Es müssen eben diese Fragen in der Oeffentlichkeit behandelt werden. Fünf Punkte hat das Arbeitslosenkomitee dem Bürgermeister zu unterbreiten:

1. Die, aus der Akcja Wojewodska, unterstützten Arbeitslosen, fordern die gleiche Gemeindebeihilfe, welche die Arbeitslosen mit der kleinen Unterstützung erhalten, da vom 9. Mai die Unterstützung aus der Akcja Wojew. durchschnittlich um 60 Prozent gekürzt wird. 2. Die Kartoffeln für die, im Monat November und Dezember, Entlassenen. 3. In die Arbeitslosenküche eine Kontrollkommission von 4 Arbeitslosen zuzulassen. 4. Aufklärung über das Verhalten der Gemeindebeamten und des Bürgermeisters vor den Feiertagen. 5. Was aus dem Antrag, zur Einrichtung einer Schuhreparaturwerkstatt für die Arbeitslosen geworden ist.

Wenn der Herr Bürgermeister das Arbeitslosenkomitee nicht braucht, so müssen eben alle berechtigten Forderungen auf diesem Wege geltend gemacht werden.

Desgleichen wird an die Gemeindevertreter appelliert, den Arbeitslosen in ihrem Kampf gegen den Hunger beizustehen.

Zum Ausschneiden. Der neue Fahrplan, gültig ab 22. Mai 1932. Abfahrtszeiten von Siemianowitz in Richtung Kattowitz: 0.01, 4.41, D. M. +5.42, 6.35, 7.10, Bog +7.42, 8.11, D. M. +0.01, +9.51, +11.07, 13.28, +14.49, 15.42, 16.43, +17.55, 18.52, 19.55, 20.56, 21.47. Beuthen: 6.31, 9.55, 11.17, +18.23, +16.38, 22.53, 23.48. Tarnowitz: +8.52, 14.35, Lub. 15.38, 17.47, Lub. 18.48, 19.44, Lub. 21.03. Chorzow: +4.08, 5.35, +7.02, +8.20, 12.32. — Die Zeichen bedeuten: D. M. bis Dombrowka Mala, Lub. bis Lublinitz, + nur an Werktagen.

Verdienen die Arbeitslosen solche Behandlung. Der Arbeitslose, Stephan Burkert, welcher als landwirtschaftlicher Saisonarbeiter jetzt keiner Arbeit hat, wandte sich, da er keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, an das Hauptkomitee für Arbeitslosenfragen in Kattowitz, um wenigstens aus der Arbeitslosenküche das Essen zu erhalten. Er erhielt auch von dort die entsprechende Zusage schriftlich zugestellt. Mit diesem Bescheid ging er zur Arbeitslosenfürsorge und bat um die Aus-

stellung eines Ausweises zur Entnahme der Mittagsportionen für sich und seiner vierköpfige Familie. Von der Fürsorge abgewiesen, ging er damit zum Bürgermeister Poppek. Auch von diesem wurde er abgewiesen mit dem Bemerken, er soll sich an seinen früheren Wohnort wenden. Bemerkt muß dazu werden, das Burkert hier seinen ständigen Wohnsitz hat und er allein in Kongreßpolen als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt war, während seine Familie hier dauernd wohnt. Nicht genug, daß er dabei dem Gemeindesäckel nicht zur Last gefallen ist, will man dem Mittellosen und seiner hungernden Familie noch nicht mal das bischen Wassersuppe gewähren. Wirklich traurig ist diese Verständnislosigkeit gegen die Not der Arbeitslosen.

Gerechte Strafe. Am vergangenen Donnerstag versuchte in dem Wäldchen bei Fannygrube eine Mannesperson eine durch das Wäldchen gehende Frau, welche ihrem Mann das Mittagessen zur Arbeitsstelle trug, zu überfallen mit der Absicht, sich an ihr zu vergehen. Die Frau schrie und wehrte sich nach Leibeskräften. Der Wüstling schlug sie, da ihm sein sauberes Vorhaben nicht gelang, mehrere Male ins Gesicht. Durch die lauten Hilferufe eilten mehrere in der Nähe befindliche Personen herbei und verdroschen den gewalttätigen Freier dermaßen, daß ihm diese gewaltsamen Liebeswerbungen ein für allemal vergehen werden. Oberdrein ist der Frechling noch der Polizei übergeben worden.

Diebstahlschronik. Auf der Fitznerstraße wurden aus dem Stalle des Einwohners Lukosch 5 Hühner gestohlen. In die Wohnung des Mieters Welczol, Beuthenerstraße 37 drangen durch das geöffnete Fenster Diebe ein und entwendeten Garderobe im Werte von ca. 150 Zloty. In beiden Fällen sind die Diebe unbekannt. Im letzteren Falle handelt es sich um wirklich arme Leute, eine Witwe mit ihrem arbeitslosen Sohne, welche durch den Verlust der Sachen vielleicht barfuß laufen müssen, da außer dem Anzug des Sohnes noch zwei paar Schuhe gestohlen wurden, und dies in der Zeit, wo der Sohn in der Wohnung schlief. — Durch die Festnahme der Einbrecher in das Tabakmonopollager, konnte die Polizei auch den Einbruch in das hiesige Pfarramt im Februar d. Js. aufklären, welcher auf das Konto des gleichen Spitzbuben zu setzen ist.

Bitte der Naturfreunde an die Polizei. Am Donnerstag dieser Woche ist der Feiertag „Fronleichnam". In unserer Gegend herrscht die Sitte, an diesem Tage die Häuser und Straßen mit frischem Grün zu schmücken. Gegen diesen Brauch ist an und für sich nichts anzuwenden. Aber gegen die unvernünftige Naturschändung muß sich jeder wirkliche Naturfreund mit Entrüstung wenden. Im Vorjahre konnte man an diesem Feiertage an dem Baumbestand unserer Straßen und Alleen eine beispielslose Verwüstung feststellen. Mit Aexten und Sägen mißhandelte man wahllos alle Bäume, damit einen nicht wieder gutzumachenden Schaden anrichtend. Die alte Chaussee zum Bienhofpark bot einen besonders traurigen Anblick. Vielleicht erbarmt sich die Polizei und verbietet in diesem Jahre diesen Vandalismus und achtet an diesem Tage besonders auf den Baumbestand.

Myslowitz

Neuer Sommer-Fahrplan in Myslowitz. Am 22. d. Mts. verkehren mit Abgangszeit in Myslowitz folgende Züge in Richtung Oswiencim: um 4.49, 6.41, 8.05, 9.47 (nur an Wochentagen), 13.14, 14.45, 15.15 (nur an Wochentagen), 16.21, 17.05, 18.42, 19.53, 21.31, 22.50, 23.36 Uhr. Richtung Hindenburg: um 2.55, 4.22,4.50,5.25, 6.25 (nur an Wochentagen), 6.56, 7.46, 9.55, 11.10, 12.51 (nur an Wochentagen), 13.58, 15.09, 16.32, 18.00 (nur an Wochentagen), 18.57, 20.26, 22.23, 23.24 (nur an Wochentagen). Richtung Krakau: um 5.27, 7.06 (Schnellzug), 8.44, 10.51 (Schnellzug), 13.23, 15.12, 17.43 (Schnellzug), 13.38, 21.20, 23.22 Uhr. Richtung Kattowitz: um 0.12 (Schnellzug), 4.50, 5.48, 6.56, 7.23, 7.35 (Schnellzug), 8.22, 12.41, 13.32, 14.14, 15.23, 18.44, 19.30 (Schnellzug), 22.34, 23.15 Uhr. Richtung Danzig-Gdynia: um 0.12 und um 7.35 (Schnellzüge). —h.

Verlegung der Fürsorgestelle. Ab heute, Montag, den 23. Mai, befindet sich die Fürsorgestelle der Stadt Myslowitz nicht mehr im Zimmer 6 des Magistratsgebäudes, sondern in einem besonders für diesen Zweck eingerichteten Büro im städtischen Schlachthaus. Dieses Büro umfaßt die Fürsorgeangelegenheiten der Arbeitslosen, der Ortsarmen, die Fürsorge der Invaliden, Kriegs-, Militär- und Aufstandsinvaliden sowie für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Das Büro ist außer den Sonn- und Feiertagen täglich von 8—12,30 Uhr tätig. Die Kontrolle, sowie die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen, erfolgt wie bisher an denselben Tagen und in derselben Reihenfolge. Dasselbe gilt auch für die Zuweisung von Notstandsarbeiten an die Arbeitslosen. —h.

Bahnstation Myslowitz-Stadion. Vom 22. Mai bis zum 15. September d. Js., werden an der provisorischen Haltestelle der Staatsbahn Myslowitz-Stadion alle Züge, die nach Oswiencim verkehren, anhalten. Es sind dies die Züge von 9,15 bis 17,09 Uhr und zwar Nr. des Zuges 1117, 1119, 1121, 1123 und 1125, wie sie im neuen, ab 22. d. Mts. gültigen Fahrplan, vorgesehen sind. —h.

Von einem Baum abgestürzt. Infolge Unvorsichtigkeit, stürzte der 19jährige Arbeiter Franz Böhl aus Myslowitz von einem Baum herab und erlitt Verletzungen am Kopf und den Händen. Der Verunglückte wurde in das städtische Spital in Myslowitz überführt. z.

Rosdzin-Schoppinitz. (3jähriges Mädchen leicht angefahren.) Auf der Marszalka Pilsudskiego in Schoppinitz wurde von einer Straßenbahn die 3jährige Luzia Jarzynska angefahren. Das Kind erlitt zum Glück nur leichtere Hautabschürfungen. z.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Betriebsrätewahlen auf Schlesiengrube. Am 24. und 25. Mai d. Js. finden die Wahlen für den Betriebsrat der Schlesiengrube statt. Die Liste der Freien Gewerkschaften trägt die Nr. 2, mit dem Spitzenkandidat Johann David.

Halemba. (Einbruch in das Gemeideamt.) In den frühen Morgenstunden zwischen 2 bis 3 Uhr verübten mehrere Täter einen Einbruch in das Gemeindeamt in Halemba. Die Eindringlinge wurden jedoch verscheucht und flüchteten unverrichteter Sache in Richtung Althammer. z.

Karl-Emanuel. (Verkehrsunfall.) An der Straßenkreuzung in Karl-Emanuel stieß ein Sanitätsauto der Spolka Bracka mit einer Straßenbahn zusammen. Das Auto wurde leicht beschädigt. z.

Lipine. (Leitungdrahtmarder.) An der Schmalspurbahnstrecke in Lipine und zwar in der Nähe der Ziegelei, wurden 230 Meter Telephondraht abgewickelt. Vor Ankauf wird gewarnt!

Pleß und Umgebung

Kamionka. (Schwerer Motorradunfall.) Auf der Chaussee bei Kamionka sauste der Motorradfahrer Stanislaus Wrobel aus Nikolai gegen einen Baum. Wrobel und die auf dem Soziussitz mitfahrende Luzia Lebiejski erlitten schwere Verletzungen am Körper. Wie inzwischen festgestellt worden ist, streifte Wrobel, der sich in schneller Fahrt befand, das Rad eines Fuhrwerkes. Er verlor dabei die Gewalt über die Steuerung und konnte den Anprall an den Chausseebaum nicht mehr verhindern. Die beiden Verletzten sind in das Nikolaier Spital eingeliefert worden. z.

Nikolai. (Das ist der Dank der Sanacja.) Am Dienstag wurde der P. P. S.-Genosse D. von der Polizei verhaftet und der Kattowitzer Polizeidirektion zugeführt. Der Grund zu der Verhaftung war der, daß er nach der letzten Versammlung, mit noch einm Genossen, über das Problem der Befreiung der Arbeiterklasse gesprochen hat. Da bei diesem Genossen die Not groß ist, so war er der Meinung, daß nur eine Ueberrumpelungspolitik in Frage käme. Die Polizei hat diesem Gespräch zugehorcht und schritt zur Verhaftung. Bei den letzten Wahlen war D. noch kein Sozialist. Er hat die Reihen der Sozialisten erst dann gefunden, als bei ihm die Not größer wurde. Er hat bei den letzten Wahlen noch stramm den Standpunkt der Sanacja vertreten. Auch die Federacja war für ihn die beste Organisation. Damals glaubte er noch an die Versprechungen der Sanacja. Er war der festen Ueberzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur von der Sanacja erwirkt werden kann. Nicht lange nach den Wahlen hat er einsehen müssen, daß alles nur Lug und Trug war. Keine dieser Versprechungen wurde eingehalten. Darum ging er zur P. P. S. über. D. organisierte später die Arbeitslosen, schuf ein Arbeitslosenkomitee und wollte nach Möglichkeit den Arbeitslosen helfen. In allen Delegationen, die bei Behörden vorstellig wurden, war D. mit anwesend. So wurde ihm seitens des Bürgermeisters gesagt, daß er sich nach Posen scheren soll, denn dort gehört er hin. Hier soll er die Arbeitslosen nicht aufwiegeln. Trotz der vielen Verdienste, die er sich früher bei der Sanacja erworben hat, ist er bei den Behörden in Ungnade geraten. Schon längere Zeit wurde darauf hingearbeitet, den D. zu verhaften, was nun endlich gelungen ist. Seine früheren Kollegen, mit denen er mit großer Aufopferung für den Sieg der Sanacja gefochten hat, lachen sich jetzt ins Fäustchen. Sie sind froh, daß sie ihn endlich los geworden sind, und einer weiteren Kritik seinerseits aus dem Wege gegangen sind. So sieht die Liebe bei den Sanatoren aus. Nun sitzt D. im Gefängnis. Er hat nun genügend Zeit über seine Dummheit und Fehler, die er bei den Wahlen begangen hat, nachzudenken. ero.

Rybnik und Umgebung

Flucht eines Strafgefangenen.

Im Rybniker Gerichtsgebäude ereignete sich ein aufsehenerregender Vorfall. Dort sollte der 22jährige Josef Kustos aus dem Gerichtsverhandlungssaal nach der Gefängniszelle zurückgeschafft werden. Dem Gefangenen gelang es zu flüchten. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung auf, doch ohne Erfolg. Der Flüchtling ist 155 bis 160 Zentimeter groß, ist von normaler Statur, und hat graue Augen und blondes Haar. Bekleidet war derselbe mit einem grauen Anzug, sowie schwarzen hohen Schuhen. Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt des Kustos irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich beim nächsten Polizeikommissariat zu melden. z.

Tarnowitz und Umgebung

Radzionkau. (Tödlicher Sprung eines Kohlendiebes.) Von einem Nebengebäude am Bahnhof Radzionkau versuchte der 22jährige Arbeiter Franz Pietryga aus Radzionkau, auf einen vorbeifahrenden Güterzug aufzuspringen, um Kohlen zu stehlen. Der junge Mann hatte das Unglück, abzustürzen. Er geriet unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er, bald nach erfolgter Einlieferung ni das Tarnowitzer Kreisspital, verstarb. z.

Lublinitz und Umgebung

Große Ueberschwemmungen durch Wolkenbruch.

Während eines heftigen Gewitters und einem darauffolgenden Wolkenbruch wurden die Ortschaften Kamienitz, Lubsza und Babienic im Kreise Lublinitz unter Wasser gesetzt. An einzelnen Stellen stand das Wasser eineinhalb Meter hoch. Nach etwa drei Stunden floß das Wasser ab. Durch diese Ueberschwemmung wurde erheblicher Schaden angerichtet und zwar hauptsächlich auf Feldern und in den Gärten, da die Saat sowie Gemüsepflanzen mit fortgerissen wurden. Einen enormen Schaden erlitt auch der Restaurateur Emanuel Mis in Kamienic, welchem 18 Bienenschwärme vernichtet wurden. Er erlitt einen Schaden von 4 Tausend Zloty. Während des Gewitters schlug der Blitz in die Stallung des Besitzers Wiener in Lubsza ein, ebenso in das Wohnhaus Kaczuga in Babienic und Bartos in der gleichen Ortschaft. Die Rettungsarbeiten führte die Feuerwehr durch. Menschenleben waren bei dem Unwetter nicht zu beklagen. z.

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Gobsch

34)

In seiner Hand sammeln sich wie bei einem Kartenspiel die Trümpfe, alle Argumente fallen spielend aus beiden Handgelenken, jeder Satz ist geschliffen in der Form, im Fundament von Beweiskraft untermauert. „Sie sehen, verehrter Herr Brandt", so schließt er endlich, „Glied reihte sich an Glied, die Wahl der Mittel war nicht schwer, weil Vernunft und Ehrgefühl sie vorschrieben. Sie werden Ihre Billigung nicht versagen."

Hartnäckig schweigt Brandt. Nicht ein einziges Mal hat er den Greis unterbrochen. Seine spähenden Augen durchfliegen die zahllosen Depeschen und Akten, die vor ihm aufgestapelt sind.

„Und jetzt soll Rimbot abberufen werden?" fragt er, indem er sich zurücklehnt.

„Das ist der Beschluß des Kabinettes, Debatten darüber wären also zwecklos", antwortet Saint Brice. „Ich wollte nur loyal handeln, deshalb wartete ich mit dem Abberufungsbefehl bis zu Ihrer Landung. Ich möchte nicht erleben, daß Herr Capponi unsern Botschafter einfach nach Hause schickt."

Brandt steht langsam auf, bleibt unbeweglich stehen. „Ueber das Ziel, Baron, das erreicht werden muß, sind wir uns einig? Frieden um jeden Preis."

Saint Brice fährt in die Höhe. „Um jeden?!"

„Um jeden Preis!" wiederholt Brandt ruhig. „Das Ziel schreibt uns das Gesetz vor. Ich wünsche den Krieg um jeden Preis zu verhindern, also tue ich nichts, was ihn unfehlbar näherbringt."

„Es gibt Gesetze, die uns von der Ehre vorgeschrieben werden!"

Brandt lächelt kaum merklich. „Sagen wir lieber: von einer gewissen Interessenpolitik."

„Die dem ganzen Volk zugute kommt!" wirft der Greis energisch ein.

Brandt zuckt die Achsel. „Die Massen aller Völker fordern nur das eine, nämlich, daß ihnen nicht der Boden unter den Füßen unterhöhlt wird."

Saint Brice sieht mißtrauisch in das ruhige Gesicht des Kollegen. „Sie würden sich also auch nicht scheuen, unsern südslawischen Bundesgenossen preiszugeben?" forscht er vorsichtig.

„Richtig, der südslawische Bundesgenosse! Sie kennen ja meine Begeisterung für Militärbündnisse!" Der Hohn schwingt durch seine Worte. „Ich habe vor achtundvierzig Stunden durch unsern Gesandten in Belgrad erklären lassen, daß Frankreich keinen Finger rührt, wenn Politik zum Abenteuer wird. Ich ersehe allerdings zu meiner maßlosen Ueberraschung aus den Akten hier, daß von Paris aus das Belgrader Feuer fröhlich angeblasen wurde."

Saint Brice trommelt die Fingerspitzen gegeneinander. „Ich führe unsre bewährte Politik fort, die nicht untätig zusieht, daß der Italiener seine Machtsphäre erweitert. Albanien darf niemals römische Kolonie werden!"

Brandt kreuzte die Arme vor der Brust. „Mit welchem Recht wollen Sie das verhindern? Die albanische Regierung erlaubt die italienische Ansiedlung, bitte! Hat Frankreich je moralische Bedenken gehabt, in Afrika und andren Zonen fette Kolonien einzustecken, häufig genug gegen den Willen der Eingeborenen, oft auch mit Gewalt?"

Der Ministerpräsident kräuselt ironisch die Lippen: „Sie verfechten Capponis Sache mit einem Freimut, der mich überrascht!"

„Ich bemühe mich nur, die im Privatverkehr üblichen Grundsätze von Moral auch in der Politik zur Anwendung zu bringen. Soll etwa wegen einiger Ungezogenheiten des Balkans ganz Europa ein Schutthaufen werden? Denn so weit sind wir nahezu! Jawohl, Baron, wir wollen keine Coue-Methoden anwenden und uns vorlügen: Oh, es geht uns gut, morgen wird es uns noch besser gehen! — Bitte, Baron, morgen kann Ihnen Herr Capponi Schlachtfelder servieren!"

Der Greis reibt die Fingerspitzen immer erregter gegeneinander. Unerträglich, dieser brutale Ton! Aber der Mann bedeutet eine Macht, man kann nicht nach Geschmack mit ihm brechen. — Saint Brice geht plötzlich zu veränderter Taktik über. Er legt seine Hand vertraulich auf Brandts Arm. „Seien Sie versichert, verehrter Herr Brandt, daß wir keinen Krieg haben werden. Capponi blufft. Es ist ein beiderseitiges Messen moralischer Kräfte. Sie hassen doch wie ich diesen faschistischen Diktator, nicht wahr?, der die Völker in den Zustand mittelalterlichen Denkens zurückführen möchte, in das Heroenzeitalter, in der Gewalt dominiert und der Schwache um Gnade fleht. Auf Ihren Fahnen, Herr Brandt, steht: Vorherrschaft des Geistes! Und jetzt sollen wir zitternde Knie bekommen, weil der Italiener seine grobe Faust über die Grenze streckt? Kein Franzose erwartet, daß Sie, gerade Sie vor einer Gewaltgebärde zurückschrecken! Wir wollen nicht den Krieg, sondern die Niederlage der Gewalt. Sie und ich — wir haben letzten Endes gemeinsame Ziele. Ja oder nein?" Warm, fast herzlich blickt der Siebzigjährige in die granitgrauen Augen des Vierzigjährigen.

Brandt sieht an ihm vorbei. So hart und unduldsam sonst seine Art ist, gegen Worte, die aus Wärme und Herzlichkeit kommen, fühlt er sich weniger gewappnet. „Sie sind in einem bösen Irrtum befangen, lieber Baron", sagt er freundlich, „Capponi ergibt sich nicht! Eher rennt er mit der Stirn gegen eine Felswand. Die Dinge sind schon zu weit vorgeschritten, Capponi kämpft schon um Thron und Prestige..."

„Und wir nicht?"

„Wenn Capponi vom Machtrausch besessen ist, soll deshalb ein Erdteil hochgehen? Wenn ein Mann mit verdunkelter Leidenschaft in den Strom springt, sollen wir ihm den Gefallen tun, ihm in selbstmörderischer Absicht nachzuspringen? Nichts, nichts kann so furchtbar sein wie der nächste Krieg! Es bedarf keine Phantasie, sich die Hölle auszumalen. Bisher mochten Kriege Opfer sein, die ein Volk tragen mußte. Der kommende Krieg ist Irrsinn! Anarchie und Auflösung! Keine ultima ratio mehr, sondern legitimiertes Verbrechen, letzter Triumph der Materie über den Geist! Der letzte Weltkrieg hat uns noch einmal aus seinen Klauen gelassen, wir leiden heute noch an seinen Verstümmelungen, das nächstemal werden wir aufgefressen! Ist das dann noch Opfer? Ist es Sinn der Staatskunst, das eigne Volk zu zertrümmern?"

Saint Brice nickt in tiefen Gedanken. „Und trotzdem muß ein Volk bereit sein, für Ehre und Freiheit das letzte Blutopfer zu bringen..." sagt er mehr fragend als behauptend.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinderatssitzung Bielitz

Die Löhne der Gemeindearbeiter reduziert — Zusammenlegung der beiden deutschen Knabenschulen beschlossen

Die am Donnerstag abgehaltene Gemeinderatssitzung nahm einen recht bewegten Verlauf. Gleich nach Eröffnung der Sitzung verlangte ein Dringlichkeitsantrag unseres Klubes, vertreten durch G.-R. Dr. Glücksmann, daß der auf der Tagesordnung unter den Punkten der vertraulichen Sitzung stehende Lohnabbau der Gemeindearbeiter in öffentlicher Sitzung behandelt werde. Dieser Antrag ging durch.

Eine langwierige Debatte rief die Vereinigung der Knabenschulen am Zennerberg und Kirchplatz hervor. Schon im vergangenen Jahre forderte ein Antrag unseres Klubes die Vereinigung beider Schulen, um durch Erhöhung der Schülerzahl gegenüber den nun bestehenden 6-klassigen Schulen und der Gefahr einer weiteren Herabminderung derselben, eine voll organisierte Bürgerschule wieder zu erlangen. Dieser Antrag wanderte damals in die Rechtskommission, wo er bis in die letzten Tage gut verwahrt liegen blieb. Gewisse konservative Elemente — merkwürdigerweise aus den „freiheitlichen" evangelischen Kreisen — wehren sich gegen diese Vereinigung, obwohl es für unsere deutsche Jugend keinen anderen Ausweg gibt, um zu einer hochorganisierten Schule zu gelangen. Das Sprachrohr dieser Kreise war G.-R. Matuschek, der, obwohl selbst Lehrer, in ebenso umständlicher, wie unverständlicher Weise gleichzeitig für und gegen diesen Antrag Stellung nahm; einmal wahrscheinlich, um als Nationalsozialist — seine Klubkollegen glänzten durch Abwesenheit — für die „höchstorganisierte Schule der deutschen Proletarierkinder" einzutreten, das anderemal, um als guter Protestant am konfessionellen Schlüssel hängen zu bleiben. Diese Sophistikation fand durch unsere Vertreter die gebührende Abfuhr. Der Verschleppungsantrag Matuschek fiel durch und es fand der in der letzten Sitzung durch G.-R. Müller im Bezirksschulrate bereits angenommene und in der gestrigen Gemeinderatssitzung durch G.-R. Dr. Förster ergänzte Antrag, wonach die Zusammenlegung erfolgen soll, wenn für jede Schule allein die gewünschte höchste Organisation nicht erzielt werden kann, gegen die Stimme des G.-R. Matuschek volle Zustimmung. Auf Grund dieses Antrages wird wohl eine deutsche Knabenschule aufgelassen, dafür aber eine 8stufige Volks- und Bürgerschule mit einigen Parallelklassen entstehen, deren Bestand wohl für Generationen gesichert sein wird. Seitens der obersten Schlesischen Schulbehörde dürfte diesem Plane nichts im Wege stehen.

Verlauf der Sitzung.

Gleich im Eingang zur Tagesordnung verlangte Gen. Dr. Glücksmann das Wort zu einem Dringlichkeitsantrag, der dahinging, daß die auf der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung zur Beratung stehende Angelegenheit über Reduzierung der Löhne der städtischen Arbeiter in der öffentlichen Sitzung behandelt werde. G.-R. Gen. Hönigsmann erweitert diesen Antrag dahin, daß alle Angelegenheiten allgemeiner Natur, die Lohnregulierungen, Dienstpragmatik, Pensionsgesetz u. dgl. immer in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollen. Er ist der Meinung, daß die Oeffentlichkeit das Recht hat, die Gemeindetätigkeit zu kontrollieren. Dieser Antrag wurde nur mit Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, während die bürgerlichen Gemeinderäte ohne nur ein Wort dazu zu sagen, sich der Abstimmung enthalten haben.

Steuer über die parzellierten Bauplätze.

G.-R. Dr. Bogaczewski berichtet, daß das Statut über die Steuer der parzellierten Bauplätze von der Wojewodschaft genehmigt wurde, und der Gemeinderat hätte nunmehr die Höhe der Besteuerung zu bestimmen und die Schätzungskommission für diesen Zweck zu wählen. Im Namen der Rechtssektion beantragt er die Höhe mit 2 pro Mille festzusetzen und sowohl von der Finanzsektion als auch von der Bausektion zwei Mitglieder zu wählen. Von der Finanzsektion werden hierzu die G.-R. Pobozny und Hönigsmann bestimmt, die Bausektion wird ihre Vertreter nachträglich nominieren. Als Berater wird noch Herr Ing. Steffek zugezogen werden. Der Antrag wurde angenommen.

Das Ansuchen des Beskidenvereins um eine Subventionierung, welche alljährlich erteilt wird, wird in dieser Weise erledigt, daß zum Ausbau der Klementinenhütte 20 Kubikmeter Holz zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Bogaczewski referiert über das Ausmaß der Gebäudesteuer, welche einer Revision unterzogen werden mußte. 400 Protestschreiben sind von den Hausbesitzern gegen die vorgeschriebene Gebäudesteuer eingelaufen und sah sich die Finanzkommission genötigt, in der Vorschreibung der Gebäudesteuer eine Staffelung vorzunehmen. Die Kommission stellt daher den Antrag, die Steuer folgend vorzuschreiben: Bei einem Schätzungswert bis 50 000 Zloty 2 pro Mille, bei 100 000 3 pro Mille, bei 200 000 4 pro Mille und über 200 000 5 pro Mille vom Schätzungswert zu berechnen. Dieser Antrag wurde angenommen.

G.-R. Prof. Proch berichtet, daß das von der Stadtgemeinde vorgelegte Jahresbudget, an welchem 150 000 Zl. nachträglich abgestrichen wurden, von der Wojewodschaft bestätigt wurde. In dem Begleitschreiben des Wojewodschaftsamtes wird ausdrücklich betont, daß die größten Sparmaßnahmen im Gemeindehaushalt zu treffen sind.

Schrebergärten.

Neben der Gärtnerei Homa in Kamitz sollen auf städtischem Grund 30 Schrebergärten für Arbeitslose errichtet werden. Die Herstellungskosten sollen 1614 Zloty betragen und dieser Betrag wird vom städtischen Arbeitslosenkomitee gedeckt werden. Ein Ansuchen der Polizeidirektion um Ueberlassung des städtischen Grundes neben der Gärtnerei Homa als Uebungsplatz für die berittene Polizei, mußte abgelehnt werden, da dieser Platz eben für Schrebergärten bestimmt wurde. (Schließlich haben wir doch in Nikelsdorf einen großen Exerzierplatz, welcher doch sicherlich für diesen Zweck in Anspruch genommen werden kann.)

Für den Bau von billigen Wohnungen wird der zu gründenden Gesellschaft ein Bauplatz im Ausmaße von 25 Ar in der Rotenturmstraße zur Verfügung gestellt. Der Antrag wurde angenommen. Ein Ansuchen des Baumeisters Riedl um Verengung der Schneidergasse gegenüber dem städtischen Wohnbau zwecks Erweiterung seines Gartens, wurde abgelehnt. Es folgten nun die Beratungen über die

Beschlußfassung der Zusammenlegung der deutschen Knabenschulen in Bielitz.

Bei Beratung dieses so wichtigen Punktes verließen die Polen korporativ den Sitzungssaal. Was kümmern die Polen die Belange der Deutschen. Die Deutschen sind nur gut genug dazu, für Belange der Polen stimmen zu dürfen. Als erster Referent zu diesem Punkt spricht G.-R. Lehrer Matuszek: In seinem langatmigen Referate teilt er nun mit, daß infolge Schülermangel die Klassen an den deutschen Schulen verringert und auch die dritte Klasse der Bürgerschule gestrichen werden mußte. Trotzdem man die immer schwierigere Lage der Schulen erkannte, war es doch notwendig, zuzuwarten. (Zurufe von links: So lange zu warten, bis alles verloren ist.) In der Sitzung vom 25. April d. J. wurde die Angelegenheit vom G.-R. Müller neuerlich aufgerollt und sollte diese Angelegenheit bis zum 10. Mai erledigt werden. Die Sache kam im Bezirksschulrat zur Beratung. Dortselbst wurde die Zusammenlegung der Knabenschule am Zennerberg mit der Kirchplatzschule beschlossen. Wie jedoch die Organisierung dieser höheren Schule vorgenommen werden soll, wäre nach Meinung des Referenten bis zur Inkraftretung des neuen Schulgesetzes zuzuwarten. Das neue Schulgesetz verpflichtet jedoch nicht in Schlesien. (Man kann daher nicht verstehen, zu welchem Zweck wir zuwarten sollen.) Die polnische Lehrerschaft in Schlesien hat zu einem neuen Schulgesetz in Schlesien Stellung genommen und einen Antrag unterbreitet, in welchem die Schaffung einer 4klassigen Volksschule und einer 6klassigen Bürgerschule vorgesehen ist. Man verlangt jedoch, daß die Mehrkosten nicht die Gemeinden tragen sollen. Schließlich liegt noch ein Antrag der Korfantypartei vor, die Schaffung und Beibehaltung der konfessionellen Schulen. Der Sejm in Schlesien tagt jedoch nicht und kann diese wichtige Sache von den höheren Instanzen nicht beraten werden. Die Rechtssektion beantragt daher die Zusammenlegung der beiden Schulen bis zur Inkrafttretung eines neuen Schulgesetzes zu vertagen. G.-R. Gen. Müller erinnert daran, daß seinerzeit ein Lehrerkomtiee, welchem G.-R. Matuszek auch angehört hat, sich mit dieser Angelegenheit gründlich befaßt hat und zu dem einmütigen Beschlusse gelangt ist, daß nur durch Zusammenlegung der beiden Schulen die höhere Organisation derselben erreicht werden kann. Er wundert sich, daß G.-R. Matuszek als Lehrer gegenwärtig einen entgegengesetzten Standpunkt einnimmt und die Sache verschleppen will. Wir haben keine Zeit zuzuwarten bis ein neues Schulgesetz von oben diktiert wird, denn dadurch verlieren wir wieder ein oder mehrere Jahre und mittlerweile kann es dazu kommen, daß die deutsche Schule überhaupt abgebaut wird. Er besteht darauf, daß der Antrag auf Zusammenlegung beschlossen wird und überträgt die Verantwortung für die Folgen auf diejenigen, die gegen diesen Antrag stimmen sollten.

Gen. Dr. Glücksmann sagt: Der Abbau der deutschen Schulen wird bei Verschleppung weiterschreiten. Sonderbar mutet es einen an, wenn ein Teil der Bürgerlichen erklären, sie sind für eine höhere Schulorganisation, aber warten wir noch zu, vertagen wir diese Angelegenheit noch. Er meint, daß ja bei vielen Gemeinderäten nur das Konfessionelle eine ausschlaggebende Rolle spielt, was kümmert diese Herren das Kulturelle. Er beantragt ebenfalls den Zusammenschluß. G.-R. Kratochwil sagt, daß er im Bezirksschulrat für die Zusammenlegung der Schulen gestimmt habe, da es die Pflicht der Lehrerschaft ist, für ein höherorganisiertes Schulwesen einzutreten. Der Schulnachwuchs geht beträchtlich zurück und werden wir nicht für eine baldige Zusammenlegung sich entschließen, so wird die Sache noch schlechter werden. Wenn die Zusammenlegung nicht bald erfolgt, dann tragen diejenigen die Schuld, welche diese so wichtige Angelegenheit verschleppen wollen. G.-R. Matuszek versucht sich natürlich zu verteidigen und meint, daß wir nicht die nötigen Schulräume besitzen und hier Aenderungen und Investitionen an den Schulen notwendig wären. G.-R. Proch tritt auch für ein höheres Schulwesen ein, meint aber, daß nochmals eine Kommission geschaffen werden soll, in der über die Zusammenlegung beraten werden möchte und daß wir dann nächstes Jahr etwas besseres erreichen könnten. G.-R. Dr. Förster schließt sich dem Antrage unserer Genossen an, stellt jedoch einen Zusatzantrag, daß diese Zusammenlegung nur dann erfolgen soll, wenn es nicht möglich sein sollte, diese höhere Schulorganisation, auf anderem Wege zu erreichen.

Der Bürgermeister bringt nun alle diese Anträge zur Abstimmung. Für die Vertagung stimmen 7 G.-R., dagegen 10, 8 Soz. und zwei Bürgerliche. Für den Antrag Proch, Schaffung einer Kommission stimmen dafür 7, dagegen 10. Jetzt kommt der Antrag auf Zusammenlegung. Da werden nun einige von der Wahlgemeinschaft unruhig und möchten gern von der Sitzung auskneifen, um, nachdem ohnehin einige von den bürgerlichen gefehlt haben, und die Polen nicht teilnehmen, die Sitzung beschlußunfähig zu machen. Besonders Herr Harok wollte gern im entscheidenden Moment ausreißen, aber durch Zurufe von links, daß dies feige Flucht ist, bleibt er im Saale. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten und vier bürgerliche, einige enthielten sich der Stimme, so daß der Antrag auf Zusammenschluß angenommen wurde. Die Debatte, welche weit über eine Stunde dauerte, ist beendet, die Polen haben sich inzwischen im Nebenzimmer ausgeruht und kommen nun in den Saal, um an dem letzten Punkt der Tagesordnung, Reduzierung der Löhne bei den städtischen Arbeitern teilzunehmen.

Nachdem die Gemeindeväter nach der letzten langatmigen Debatte schon ermüdet waren, ordnete der Bürgermeister eine Unterbrechung der Sitzung an. Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergriff zu dem letzten Punkte „Lohnreduzierungen" der Bürgermeister das Wort und erklärte folgendes: Das Präsidium war infolge der schweren finanziellen Lage der Gemeinde gezwungen, alle Arbeiter zu kündigen, um sie wieder auf neuen Bedingungen anstellen zu können. Die Reduktion der Löhne ist seiner Meinung nach schon dadurch notwendig geworden, daß infolge Reduzierung der Beamtengehälter ein Mißverhältnis entstanden ist, laut welchem mancher Vertragsangestellte oder auch Arbeiter besser gestellt wäre, als mancher Beamte. Bei diesen neuen Bedingungen, bei denen auch eine Entlassung ohne Kündigung vorgesehen war, zieht er diese Entscheidung zurück. Er littet aber dennoch den Gemeinderat, die vorgesehenen Lohnreduktionen zu bestätigen, sonst wäre er gezwungen Feierschichten einzurichten oder auch Arbeiter zu entlassen.

G.-R. Proch meint, daß das Komitee sich mit der Angelegenheit gründlich befaßt hat und der Abbau durchschnittlich bloß 10 Prozent beträgt. Er schließt sich der Bitte des Bürgermeisters an. G.-R. Pobozny sagt, die Situation der Gemeinde sei noch schlechter als Sie der Bürgermeister geschildert hat und man müsse auch eine Differenzierung zwischen den geistigen und den manuellen Arbeitern machen. Er ist ebenfalls für die neue Regelung der Löhne.

G.-R. Genosse Fender spricht sich entschieden gegen jede Lohnreduzierung der Arbeiter aus und meint, daß dieselbe die Gemeinde nicht retten kann. Dadurch wird wieder nur die Konsumfähigkeit der Arbeiterschaft herabgesetzt und das rächt sich wiederum an der Wirtschaft. Ein Vergleich mit der Beamtenschaft ist hier nicht am Platze, weil der Beamte doch eine Sicherstellung, Altersversicherung, u. dgl. hat, während der Arbeiter nur das hat, was er für den Tag verdient. Er verlangt energisch keine Aenderung in den Lohnverhältnissen dieser Kategorie vorzunehmen. Auch Abg. Gen. Dr. Glücksmann erblickt in dieser Maßnahme nur eine Ratlosigkeit und meint, daß man durch diese trotzdem das Gleichgewicht in der Gemeindewirtschaft nicht erhalten wird. Er schließt sich dem Antrage Fender an. Nun stellt der G.-R. Pobozny den Antrag, das Komitee möge noch einmal die Löhne revidieren und wo Unrecht geschehen ist, wieder gut machen. Der Bürgermeister läßt nun den Antrag des Gen. Fender auf Abstandnahme von jeder Lohnreduktion abstimmen, welcher mit sieben Stimmen der Sozialisten gegen acht Stimmen der Bürgerlichen, wobei sich der Rest von der Abstimmung enthalten hat, gefallen ist. Der Antrag Pobozny auf nochmalige Revision wurde einstimmig angenommen. Hierauf vertrauliche Beratungen.

Bielitz und Umgebung

Revolverhändler. Freitag, den 20. Mai, um 7 Uhr früh, begegnete der Andreas Szabbot aus Weichsel im Dorfe Cerchli, bei Weichsel, zwei junge Männer, von denen der eine von großem Wuchs und ungefähr 20 Jahre alt war, trug einen grauen Anzug, beide hatten ein intelligentes Aussehen. Der Zweite war von kleiner Gestalt etwa 18 Jahre alt, und trug ebenfalls einen grauen Anzug. Die Beiden wollten dem Szabbot Revolver verkaufen. Der Jüngere besaß drei Revolver, welche er dem Szabbot vorzeigte. Bei der Hantierung ging ein Schuß los und verletzte den Szabbot an der Hand erheblich. Der andere hatte noch weitere sieben Revolver bei sich. Nachdem sie sahen, daß sie den Szabbot verletzt hatten, ergriffen sie die Flucht in der Richtung gegen Saybusch.

Fahrrad abzuholen. Auf dem Bielitzer Polizeikommissariat befindet sich ein älteres Fahrrad, Marke „Premjer", welches von einem Diebstahl stammt. Der Geschädigte kann dasselbe am Kommissariat abholen.

Neue Fleischpreise in Bielitz. Der Magistrat der Stadt Bielitz bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß im Stadtgebiete ab 21. Mai 1932 nachstehende Fleisch- und Selchwarenpreise Geltung haben: ein Kilogramm Rindfleisch mit 20 proz. Zuwage 1,40—1,80 Zloty, ohne Zuwage 2 bis 2,20 Zloty, ein Kilogramm Schweinefleisch mit 15 proz. Zuwage 2—2,20 Zl., ein Kilogramm Schweinskotelett mit Zuwage 2,40 Zl., ohne Zuwage 2,80 Zl., ein Kilogramm Kalbfleisch mit 25 proz. Zuwage 1,40—2 Zloty, ohne Zuwage 2,80 Zloty, ein Kilogramm geschnittenen Schinken 5,60 Zloty, ein Kilogramm gewöhnlicher gehackter Wurst 2,60 Zloty, ein Kilogramm Schinkenwurst 4 Zloty, ein Kilogramm Speck 2,20—2,40 Zloty, ein Kilogramm Schmer 2,20—2,40 Zloty, ein Kilogramm Schmalz 3—3,20 Zloty, ein Kilogramm koscheres Rindfleisch mit 20 proz. Zuwage 1,30—1,80 Zloty, ein Kilogramm Kalbfleisch mit 25 proz. Zuwage 1,70 Zloty. In der Markthalle: ein Kilogramm Rindfleisch 1,20 Zloty, ein Kilogramm Schweinefleisch 1,60—2 Zloty, ein Kilogramm Kalbfleisch 1,20 bis 1,60 Zloty, ein Kilogramm Speck 2—2,20 Zloty. Die Uebertretungen obiger Preise unterliegen im Sinne der Art. 4 u. 5. der Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 31. 8. 1926, Dz. U. Rz. P. Nr. 91, Poz. 527, einer strengen Bestrafung.

„Wo die Pflicht ruft!"

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Montag, 23. Mai, ½5 Uhr nachm.: Handballtraining. 6 Uhr abends: Bezirks-Vorstandssitzung in Bielsko, Arbeiterheim (Bibliothekszimmer).

Dienstag, 24. Mai, 7 Uhr abends: Gesangsstunde bei Tivoli.

Mittwoch, 25. Mai, 7 Uhr abends: Mitgliederversammlung im kleinen Saal.

Bezirksvorstandssitzung. Am Dienstag, den 24. Mai l. Js. findet um 6 Uhr abends im Arbeiterheim die Bezirksvorstandssitzung der D. S. A. P. Teschener Schlesiens statt. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen, da unter Anderem auch die Vorarbeiten zum Bezirksparteitag getroffen werden sollen.

Achtung Arbeiter-Gesangvereine! Am Dienstag, den 24. Mai 1932 findet um 5 Uhr nachmittags in der Redaktion der „Volksstimme" eine dringende Gau-Vorstandssitzung statt. Alle Vorstandsmitglieder haben zuverlässig zu erscheinen. Der Gauobmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts" Alexanderfeld. Montag, den 23. Mai findet um 7 Uhr abends eine außerordentliche Vorstandssitzung statt. Der Obmann.

Verein Arbeiterheim Alt-Bielitz. Am Mittwoch, den 25. Mai, um 7 Uhr abends, in der Restauration des Herrn Andreas Schubert in Alt-Bielitz findet die diesjährige Generalversammlung obengenannten Vereins statt, zu welcher alle Mitglieder auf das freundlichste eingeladen werden.

Paradies und Hölle in Amerika

K. H. **Neuyork**, Anfang Mai.

In der Zeit der Prosperität war Amerika als Paradies für Arbeiter gepriesen. In der Zeit der Krise offenbart es sich als eine Vorstufe zur Hölle.

Die Hölle.

Das Leben in den im Südosten des amerikanischen Staates Kentucky gelegenen Kohlenfeldern ist in der letzten Zeit weniger durch die Förderung von Kohle als durch die Beförderung von Menschen vom Leben zum Tode bemerkenswert. Mord, Plünderung und Tod durch Hunger lösen sich in rascher Reihenfolge ab. Mehr als hundert Opfer, wovon die weitaus meisten Bergarbeiter sind, hat der Krieg zwischen Arbeit und Kapital in Harlam und Bell schon gefordert. Während aber die Bergarbeiter für die Aufrechterhaltung ihrer ohnedies menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ihr eigenes Leben in die Schanze schlagen, engagierten die Grubenbesitzer eine Bande von Verbrechern, die die Arbeiter ausspioniert und ans Messer liefert.

Der Konflikt zwischen Armut und Reichtum hat Ende April so krasse Formen angenommen, daß zu Hunger, Bespitzelung und Mord auch noch die Aufhebung aller verfassungsmäßigen Rechte hinzugekommen ist. Das heißt Rede- und Versammlungsfreiheit der Bergarbeiter sind von den Distriktsbeamten einseitig aufgehoben worden. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter ist gezwungen, ihre Versammlungen geheim abzuhalten. Die Gewerkschaftsbeamten werden wöchentlich ausgewechselt, um den Behörden das Erkennen zu erschweren, und ihre Tätigkeit ist stündlich von dem rasenden und bis an die Zähne bewaffneten Bürgermob bedroht. Zeitungskorrespondenten, die in Gesellschaft des Anwaltes der Gewerkschaft, Mr. W. J. Stone, gesehen werden, laufen Gefahr, verhaftet zu werden. Dabei ist Herr Stone der einzige, der sich noch öffentlich zeigen darf. Zu den von der Gewerkschaft einberufenen Zusammenkünften, die in verfallenen Häusern stattfinden, schleichen die Mitglieder einzeln oder höchstens zu zweien hin.

Als der Staatsanwalt des Distrikts gefragt wurde, ob er die Verfassung abgeschafft habe, antwortete er: „Die Verfassung interessiert mich nicht. Ich bin hier, um die Gesetze von Kentucky und Bell County durchzuführen, und bin bereit, die verfassungsmäßigen Rechte dem Obersten Gerichtshof zur Entscheidung zu überlassen. Nach meiner Auffassung ist jede Versammlung der Gewerkschaft ungesetzlich und wird aufgelöst werden. Mir steht eine kampfbereite Armee von zehntausend Mann zur Seite. Als Junge war ich weichherzig, aber jetzt könnte ich einen dieser Kommunisten aufgehängt und abgehäutet sehen, ohne daß ich mich darüber aufregen würde."

In welch gerechten Händen liegt doch die amerikanische Justiz, die aus der Haut hungernder Menschen am liebsten Riemen schneiden möchte, um sie als Peitsche auf sie zurücksausen zu lassen! Schade, daß Mr. Smith nicht mehr so weichherzig ist wie einst, sonst würde er sich folgenden Argumenten nicht verschließen können: In Pineville, Kentucky, verdienen jene Bergarbeiter, die das Glück haben, noch in Arbeit zu stehen, ungefähr 3,50 Dollar pro Tag, aber nur, wenn sie imstande sind, zehn Tonnen Kohle zu fördern, was als gute Tagesleistung angesehen wird. Dabei arbeiten sie aber nur drei bis vier Tage in der Woche. Von den 3,50 Dollar werden ihnen 5 Cent für Karbid und 40 Cent für Sprengstoffe abgezogen.

Die Hilfsarbeiter erhalten im besten Falle 2,25 Dollar pro Tag. Mit diesen Hungerlöhnen müssen nun folgende Ausgaben bestritten werden: 5 Dollar Miete im Monat für das der Gesellschaft gehörende Häuschen, 2 Dollar Abgabe an den Werkarzt, ganz gleich, ob jemand krank ist oder nicht, 1,50 Dollar für Kohlen, die im Haushalt verwendet werden, und 50 Cent für den Schmied, der die Werkzeuge instandhält. Zusammen also im Monat 9 Dollar. Wenn vier Tage in der Woche gearbeitet wird, bleiben einem Häuer daher 39,80 Dollar und einem Hilfsarbeiter 27 Dollar. Diese Lohnsätze kommen einem Bettel gleich; aber das Schlechteste kommt noch. Der nach den Abzügen verbleibende Lohnrest wird dem Arbeiter nicht ausbezahlt. Er bekommt dafür Gutscheine, die er im Werkladen gegen Lebensmittel und Kleider eintauschen kann. Dort sind die Preise noch so hoch wie in der Prosperitätszeit. Die Grubenherren haben Zeitungskorrespondenten gegenüber offen zugegeben, daß sie den Verlust, den sie durch die niedrigen Kohlenpreise erleiden, durch den Gewinn, den der Werkladen abwirft, wettzumachen suchen.

Unwillkürlich erinnert man sich angesichts dieser Zustände an eine Stelle aus einer Rede Herbert Hoovers, die er 1928, dem Jahre, da er zum Präsidenten der USA. gewählt wurde, gehalten hat. Er sagte damals mit prophetischer Geste: „In der Stabilisierung von Handel und Industrie ist ein großer Fortschritt erzielt worden. Jedem ist seine Arbeitsgelegenheit sicher. Die Arbeitslosigkeit ist im vollkommenen Verschwinden begriffen. Wir in Amerika sind heute dem endgültig Triumph über die Armut näher als man es je vorher in der Geschichte eines Landes war. Die Armenhäuser stehen leer. Wir haben unser Ziel noch nicht ganz erreicht, aber wenn wir die Politik der letzten acht Jahre weiterverfolgen, werden wir mit Hilfe Gottes bald jene Tage herannahen sehen, wo die Armut aus unserem Volke verbannt sein wird."

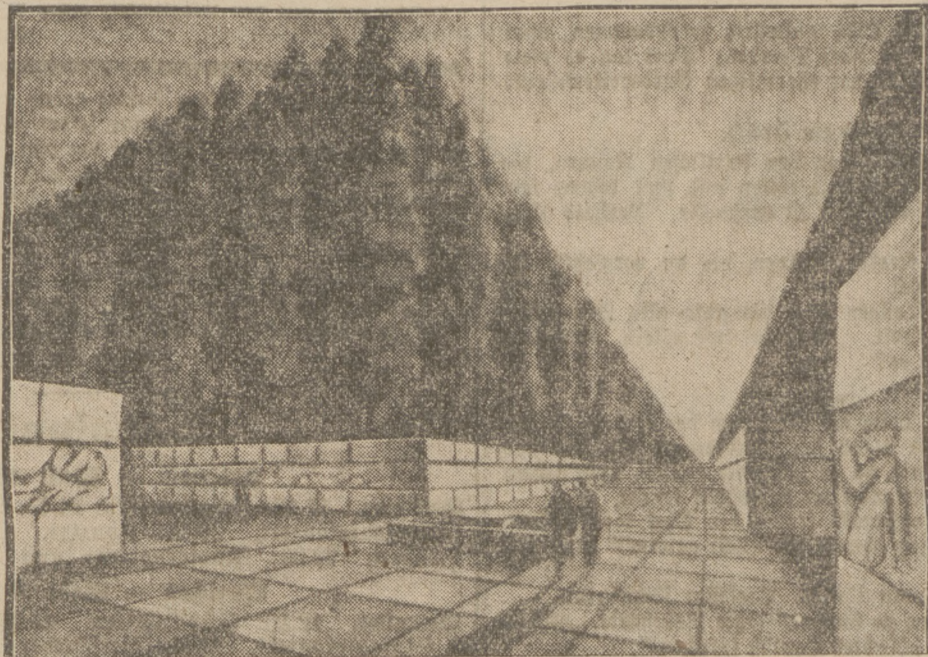
Heute stehen die Armenhäuser nicht mehr leer, sondern sie sind, wie die Gefängnisse, überfüllt. Und immer lauter und öfter tönt es an Straßenecken den Vorübergehenden in die Ohren: „Bitte, hören Sie mich an, ich habe seit zwei Tagen nichts gegessen; wollen Sie mir nicht fünfzig Cents für ein Essen geben?"

Das Paradies.

Es gibt aber doch ein Paradies in den Vereinigten Staaten. Es ist das der Besitzenden und befindet sich gleich neben der Hölle der Besitzlosen. Die schönsten Plätze in ihm haben John D. Rockefeller, jetzt neunzig Jahre alt, der keine Morgenandacht versäumt, und der Begründer der Standard Oil Komp. ist. Sein Besitz grenzt aus Märchenhafte; eines der wenigen Märchen, das wahr ist. Dann ist da John P. Morgan, Diktator der internationalen Finanz, der in die bewährten Fußtapfen seines Vaters getreten ist. Mit ihnen lustwandelt in diesem Dorado Henry Ford, der neben seinen Automobilen eine Billion Dollar rollen lassen kann: im Jahre 1931 verdiente die Familie Ford noch 47 567 150 Dollar rein.

Nicht zu vergessen Bankgewaltiger Andrew Mellon aus Pittsburgh, ehemaliger Finanzminister, jetzt Botschafter. Drei Brüder teilen sich, alles in allem genommen, in ein Vermögen von zehn Milliarden Dollar. Das ist mehr als ein Dreiunddreißigstel des Volksvermögens der Vereinigten Staaten. Diese ungeheure Summe ist mehr als doppelt so groß wie alles Geld im Bundesschatzamt (4 220 000 000) und die Summe des Banknotenumlaufes (4 822 000 000). Ein Fünftel dieser Summe würde das gigantische Defizit der Union decken.

Damit sich diese Krösusse des amerikanischen Kapitalismus ungestört an ihrem Besitz erfreuen können, haben sie die Kirche beauftragt, dem schon auf Erden im Fegefeuer bratenden Arbeiter zu versprechen, daß er nach dem Tode in den Himmel kommen wird, wenn er schön brav ist und nicht aufmuckt. Für sich selbst hingegen haben sie schon während ihres Erdenwallens gesorgt; denn — sicher ist sicher.



Ein preisgekrönter Entwurf zum Reichsehrenmal

Von den 1800 eingereichten Entwürfen zum Reichsehrenmal wurde diese Skizze von Regierungsbaurat a. D. Walter Johann Krüger — dem Schöpfer des Tannenberg-Ehrenmals — preisgekrönt.

Al Capone am Boden

Ein erledigter Bandit — Als er noch ein gefürchteter Verbrecher war Schon Kämpfe um die Nachfolgerschaft

Al Capone, der berüchtigte Chef einer weitverzweigten Alkoholschmuggelbande, der Millionär und jahrelange Schrecken der Polizei, ist erledigt. Die Revision des Urteils, wonach der Bandit wegen Steuerhinterziehung zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist vom höchsten amerikanischen Gericht in Washington verworfen worden und Capone wurde zur Verbüßung seiner Gefängnisstrafe in das Bundesgefängnis von Atlante überführt. Damit ist der Schlußstrich unter ein Kapitel gesetzt, das nicht gerade zu den erquicklichsten Affären der amerikanischen Kriminalgeschichte gehört. Es ist kein Zweifel, daß die Vollstreckung dieses Urteils das wirkliche Ende des Gangsters bedeutet. Andere werden sich an seine Stelle setzen, sein riesiges Vermögen — man spricht davon, daß er im Jahre durchschnittlich 30 Millionen Dollar verdient und ausgegeben hat — wird in alle Wide zerflattern, — und ein Bandenführer ohne Geld ist ein erledigter Mann. Was er allerdings mit seinen Einnahmen aus dem Alkoholschmuggel alles anfangen konnte, ist für unsere europäischen Begriffe kaum verständlich. Trotz Dutzender von Morden, die er auf dem Gewissen hat, trotz umfangreichster Alkoholschmuggelgeschäfte, trotz all der Bestechungen von Beamten, die er sich hat zuschulden kommen lassen, wagte man nicht, ihm ein Haar zu krümmern. Er konnte mit lächelnder Miene bei den Polizeibehörden aus und ein gehen, er konnte auf einem Luxusschloß in Miami ein Leben voll rauschender Feste führen, er konnte Empfänge und Diners geben, er war bei allen Wohltätigkeits-Veranstaltungen zugegen — das Unbegreiflichste aber war das Leben, das er im Gefängnis von Cock-County führte, bevor das Gefängnisurteil, das ihn nun elf Jahre verschwinden läßt, rechtskräftig wurde.

Er genoß dort die erdenklichsten Privilegien. Er las, was er wollte, er rauchte, hörte Radio und spielte, wenn es ihm paßte, im Gemeinschaftsraum mit den anderen Gefangenen Karten. Nicht einen einzigen Bissen Gefängnisnahrung brauchte er zu sich zu nehmen. Seine Mahlzeiten wurden durch seine Mutter vorbereitet und gekocht, die sich in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses eine Wohnung gemietet hatte. Die Speisen wurden dann durch einen Familienangehörigen in das Gefängnis gebracht. Diese Privatbeköstigung wurde von der Gefängnisdirektion bewilligt, da Capone die Befürchtung geäußert hatte, man wolle ihn vergiften.

Aus leicht verständlichen Gründen hatte man den Banditenhäuptling und Alkoholschmuggler nicht etwa in die Abteilung gelegt, wo andere Alkoholschmuggler untergebracht waren. Einen halben Tag befand er sich in der Abteilung der Rauschgifthändler, mußte dann aber rasch wieder herausgeholt werden, weil sich dort bereits umfangreiche Geschäfte anzuspinnen schienen. Er kam dann in die 5. Etage, zusammen mit Scheckfälschern und Betrügern.

Capone trat auch sofort in den Kangaroo-Klub ein. Dieser Verein schloß einzelne Gefangene eng zusammen und vermochte die den Vereinsangehörigen unbequemen Elemente auszuschalten und ihnen den Aufenthalt im Gefängnis so zu verekeln, daß sie selber um eine Verlegung in eine andere Strafanstalt einkamen.

Das einzig Unbequeme für Capone war das „Schlafzimmer". Er mußte nämlich, wie die anderen Gefangenen in einer nach dem Korridor nur durch Gitterstäbe verschlossenen Zelle schlafen, wo er auch nachts ständig unter Aufsicht war. Der immer auffallend gut gekleidete Gangster hatte hier Mühe, seine Garderobe unterzubringen.

Während die anderen Gefangenen die frische Luft kaum sahen, weil es im Cook-County an Wachmannschaften mangelte, war es Capone gestattet, den Dachgarten des Gefängnisses zu benutzen.

Mit einem Schlag sind nun diese Vergünstigungen abgeschafft worden, und Capone wird in seinem Aufenthaltsort behandelt werden, wie jeder „gewöhnliche" Verbrecher auch. Er ist nicht mehr der Mann, vor dem die Polizei und die Unterwelt Angst zu haben brauchen. Und schon haben die Kämpfe um die „Thronfolgerschaft" eingesetzt. Die Polizei rechnet mit neuen schweren Banditenschlachten und hat in bestimmten Gegenden von Chikago und Neuyork die Wachen bereits erheblich verstärkt. Aus diesen Kämpfen wird dann wieder ein neuer „König" hervorgehen, der, wenn sich nicht die Voraussetzungen ändern, wenn also die Prohibition in Amerika nicht abgeschafft werden sollte, die Umwelt so lange in Angst und Schrecken hält, bis ihn ein anderer wieder ablöst.



Hier wurde das Lindbergh-Baby tot aufgefunden

An dieser Stelle, nur etwa sieben Kilometer vom elterlichen Hause entfernt, wurde das tote Lindbergh-Kind von dem Neger William Allen und Orwille Wilson aufgefunden.

„Tiere, Menschen und Götter"

Die im Tierpark Stellingen untergebrachten Tiere sollten im vorigen Jahre auch einmal Sommerurlaub haben und es wurde eine Liste angelegt, um nach dem Dienstalter, dem Wert und der Würdigkeit jedes Tieres die Urlaubsdauer zu bestimmen, denn man hielt es für ungerecht, beispielsweise einem kleinen Affen den gleichen Urlaub zu gewähren wie einem großen Kamel. Nach langem Beraten einigte man sich, und als erster fuhr der alte Mähnenlöwe auf vier Wochen zu seinen Verwandten in Afrika. Ihm folgten die anderen Raubtiere. Als die letzten Tiere ihre Urlaubsreise antraten, kehrten die ersten bereits in ihre Käfige zurück. Lediglich der Esel bat um Nachurlaub von vierzehn Tagen, da er in Heidelberg sein Herz verloren hatte und nun glaubte, die Liebe höre nimmer auf. Wochenlang erzählten sich die Tiere ihre Erlebnisse. Einige davon sollen im folgenden zum Besten gegeben werden.

* * *

„Denkt euch nur," erzählte das Murmeltier, „in Wien bin ich in mehreren Kinos gewesen, aber überall war es so langweilig, daß ich geschlafen habe! Beim besten Willen konnte ich weder lachen noch weinen. Meinen Verwandten, di bei einem richtigen Minister wohnen, erzählte ich meine traurigen Erfahrungen. Der Minister hörte zu, als ich sagte, daß man nirgends besser als im Kino schlafen könne und was erwiderte er?.... Nun, er sagte: Teures Tierchen, da kennen Sie mein Amtszimmer nicht!"

* * *

Das Krokodil war die Elbe aufwärts geschwommen, über Wittenberg und Meißen bis nach Dresden. Dort lag es viele Abende am Ufer, in der Nähe der ehemaligen Gardereiterkaserne und weinte.

„Warum weinst du?" fragte ein Frosch.

„So viel habe ich gehört von den stattlichen Reitern, die hier ihre Pferde in die Schwemme reiten und nun kommt kein einziger mehr. Die gute alte Zeit ist versunken. Deshalb liege ich da und weine..."

„Aber es sind doch Krokodilstränen, die du vergießt!" bemerkte vorwitzig der Frosch.

„Als ob es andere Tränen über die gute alte Zeit geben könnte!" heulte das Krokodil. „Aber bei mir allein, ausgerechnet bei mir bemerkt man es!"

* * *

Der junge Mandrill holte sich bei einem berühmten Herrenschneider einen Frack und begab sich geradeswegs zur Ufa nach Neubabelsberg. Es konnte, da er glänzend aussah, nicht fehlen daß er sofort dem Produktionsleiter vorgestellt wurde.

„Sie wollen zum Tonfilm?" fragte der Chef wohlwollend.

„Ich hab' desderwegen schon extra nischt gelernt!" erwiderte der Mandrill.

Daraufhin verwies man ihn zu Professor Reinhardt.

„Und Sie verpflichten zu können," sagte Reinhardt, „müßten Sie zum mindesten viel schlechter Deutsch sprechen!"

* * *

„In Hamburg stiegen zwei Herren zu mir ins Abteil," erzählte das Zebra. „Der eine trug eine Hakenkreuznadel in der Krawatte, der andere hatte eine Blechmarke mit Sichel und Hammer am Rockaufschlag. Sogleich fingen die beiden Herren lebhaft zu streiten an; der Streit artete während der Fahrt in Tätlichkeiten aus und ich mußte leider zusehen, wie die beiden Herren sich ohrfeigten. Nachdem der eine wie der andere genug hatte und atemlos auf seinen Platz sank, wurde ich von beiden gleichzeitig befragt, wer recht habe. Ich äußerte höflich vor kurzem in Stellingen gehört zu haben, die Radfahrer seien an allem schuld. Darauf fragte der eine: „Wie es scheint, kümmern Sie sich überhaupt nicht um Politik!"

„Sie haben recht, mein Herr," sagte ich. „Sie belieben mich zu verwechseln. Ich bin ein Zebra und kein Kamel!"

Martin Richard Möbius.



Vor schweren Unruhen in Griechenland?

Die politische Lage in der griechischen Hauptstadt Athen hat sich in den letzten Tagen außerordentlich verschärft. Viele Regierungsbeamte sind in den Streik getreten, der griechische Ministerpräsident Venizelos (im Ausschnitt) hat erklärt, daß er diesen Streik als Revolution ansehe und daß die Regierung daher mit den allerschärfsten Mitteln vorgehen werde. Man rechnet auch mit der Möglichkeit eines Rücktritts des Kabinetts. Unser Bild gibt eine Uebersicht über die griechische Hauptstadt Athen — im Hintergrund die Akropolis.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12.10: Schallplatten. 14.45: Verschiedenes. 17.45: Sinfoniekonzert. 20.15: Konzert. 21.45: Techn. Briefkasten. 22.00: Klaviervortrag und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12.10: Schallplatten. 15.05: Vorträge. 17.35: Sinfoniekonzert. 18.50: Verschiedenes 20.15: Populäres Konzert. 22.45: Abendnachrichten und Verschiedenes.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Dienstag, den 24. Mai. 6.15: Konzert. 11.30: Für den Landwirt. 11.50: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.35: Schlesische Tage. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Konzert. 17.30: 2. landwirtschaftl. Preisbericht — Beseitigung von Rundfunkstörungen. 18.05: Vortrag. 19.00: Wetter und Abendmusik. 20.00: Jugend erzählt. 21.00: Abendberichte. 21.10: Jazz auf zwei Flügeln. 21.45: Blick in die Zeit. 22.10: Abendnachrichten und Konzert.

Versammlungskalender

Maschinisten und Heizer.
Mitgliederversammlungen.

Bismarckhütte. Am Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, findet bei Brzezina die fällige Mitgliederversammlung statt.

Lipine. Am Dienstag, den 31. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Lecht.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Montag: Spaziergang.
Dienstag: Volkstänze.
Mittwoch: Singen.
Donnerstag: Fahrt nach dem Zalenzer Wald.
Sonntag: Fahrt.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen
am Donnerstag, den 26. Mai 1932.

Nowa-Wies. Vorm. 9½ Uhr, bei Goretzki. Referent zur Stelle.

Rydultowy. Vorm. 9½ Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Obszary. Nachm. 3 Uhr, bei Bartecko. Referent zur Stelle.

Am Sonntag, den 29. Mai 1932.

Nikiszowiec. Vorm. 9½ Uhr, bei Kotyrba Janow. Referent zur Stelle.

Anhalt. Nachm. 3 Uhr, bei Berger. Referent zur Stelle.

Turisten-Verein „Die Naturfreunde".
Bezirkskonferenz.

Am Freitag, den 27. Mai, nachm. 6 Uhr, findet im Volkshaus Krol.-Huta Büfettzimmer, eine Bezirkskonferenz statt. Hierzu sind sämtliche Ortsgruppenleiter eingeladen. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. „Berg frei!"

Königshütter Tourenprogramm für Monat Mai-Juni.

Dienstag, den 24. Mai: Vorstandssitzung.
26. Mai: Stilles Tal. Führer Pelka.
29. Mai: Josefstal. Führer Schindelar.
5. Juni: Segethwald. Führer Janikulla.

Die Zeit für den Abmarsch ist für alle Touren um 5 Uhr früh vom Volkshaus, festgesetzt.

Achtung Kinderfreunde von Siemianowice!

Sammeln am 26. d. Js., vorm. 7 Uhr, am Marktplatz Laurahütte, zum Ausflug nach dem Zalenzer Wäldchen. Eltern sind hierzu herzlichst eingeladen. Beköstigung ist mitzubringen.

Freie Radfahrer Königshütte!
Programm der Ausfahrten für den Monat Mai.

Am Sonntag, den 29. Mai, Fahrt nach der Klodnitz. Abfahrt 8 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten findet die Abfahrt vom Volkshaus statt.

Kattowitz. (Achtung, Kinderfreunde!) Sämtliche Falkengruppen haben am Dienstag, den 24. Mai, abends 6 Uhr, im Saal des Zentralhotels, gemeinsame Probe für unser Treffen am 26. Mai, im Zalenzer Wald. Pünktliches Erscheinen aller Falken ist Pflicht!

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mala Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.